

Bei komplizierten Knochenbrüchen, d. h. bei solchen, wo außer dem Bruch auch eine Wunde vorhanden ist, werden Gips- oder Schienverbände angelegt, erstere in der Regel mit Fenstern, so daß eine Versorgung der Wunde jederzeit möglich ist. Die meisten Verwundeten, die auf den Hauptverbandplätzen eingebracht werden, haben sich selbst verbunden, teils sind sie von ihren Nebentamaraden erstmals verbunden worden. Interessant ist, daß die übergroße Mehrzahl der Leute zuerst mit der Mitteilung herausplatt: „Das Geschick steht noch drin.“ Infolgedessen war auch das Verlangen auf Entfernung der Geschosse in der ersten Zeit ziemlich stark. Nachdem nun aber teils durch Bekanntmachungen, teils durch die Presse wiederholt auf die Tatsache hingewiesen wurde, daß im allgemeinen Geschossschätze sich glatt einheilen, mindestens aber bis zur genauen Untersuchung und endgültigen Behandlung in den Lazarettten keinen Schaden verursachen, ist auch dieses Verlangen stark zurückgegangen.

Aus Rußland.

Schon lange wirst Du wohl einen Brief von mir erwartet haben. Nun etwas von meinen Erlebnissen. Nach kurzem Aufenthalt in Münster, der nur zur Einleitung diente, ging es ab nach St. ... in W. Da waren wir ungefähr eine Woche, von da ging es nach Rußland und zwar in drei Zügen nach V. ... Dort waren wir schon dreimal. Zweimal haben uns die Russen zurückgelassen. Das dritte mal waren wir da vom 27. Dezember bis 23. Januar. Während dieser Zeit hatten wir die Aufgabe, den Platz zu halten und zwar unter allen Umständen. Unsere freie Zeit nutzten wir aus, um uns zur Verteidigung einzurichten. Wir hatten in der Hauptsache Vorposten ohne Ende. Am 15. Januar fanden bereits einige kleinere Vorpostengefechte statt, wobei wir von unserem Bataillon einen Unteroffizier verloren. Sie sind jedenfalls von den Russen abgefangen worden. Die Russen griffen uns an. Meine Kompanie blieb vorläufig in Reserve am Marktplatz in W. Am 17. morgens, wurden wir eingeschoben. Schon gleich auf dem Hintwege trepitierte mitten auf der Straße ein Schrapnell und wir hatten Schwerverletzte und Leichtverletzte. Wir krochen nun im Schutze der Gebäude bis zum Schützengraben vor. Wir wurden von der feindlichen Artillerie fürchterlich beschossen. Die Geschosse trepitierten teils hinter dem Schützengraben. In großen Massen gingen die Russen vor. Den ganzen Tag, die folgende Nacht, bis vormittags 10 Uhr sah es schlimm aus für uns. Die Russen hatten sich trotz unseres Feuers auf ebenem Gelände auf 150 Meter an uns heran gearbeitet. Zu allem Überflus hatten wir unsere Patronen ziemlich verchossen und konnten keine Munition bekommen, weil der einzige Zufahrtsweg wegen des schrecklichen Feuers, das auf ihn gerichtet war, nicht mehr zu betreten war. Wir konnten uns nur noch auf einen Sturmangriff gefaßt machen und das Bajonett wurde aufgepflanzt. Da plötzlich griff unsere Artillerie ein. Sie traf vorzüglich die feindlichen Stellungen und wir gewannen etwas Zeit, sodaß uns Patronen herangebracht werden konnten. Endlich gegen 12 Uhr mittags griff unsere Verstärkung vom der Flanke ein. Jetzt gab es ein Geläufe bei den

Russen. Wir brachten ihnen ungeheure Verluste bei. Es ist einfach schrecklich, feindliche Mannschaften aus ihrem Bereich aufspringen und im nächsten Augenblick von 4 bis 6 Kugeln getroffen, zusammenbrechen zu sehen. Die Russen haben sich vorzüglich geschlagen. Es soll ja keiner sagen, daß die Russen schlechte Soldaten sind. Wenn sie, wie wir, von dem Willen durchdrungen wären, wir wollen und müssen siegen, dann wäre es vielleicht doch schlimmt um uns bestellt. Wie ich aus dem Quartiersbericht ersehen habe, geht es mit unserer Organisation ja noch so einigermassen. Ich will hoffen, daß, sobald der Friede da ist, wieder alle Hände aus Werk legen, um unsere Organisation auf eine nie geahnte Höhe zu bringen. Ich glaube, daß es nachher besser gehen wird auch in unserem schwierigen Buchamer Bezirk, denn mancher bekommt hier eine ganz andere Lebensauffassung.

Ich will nur schließen, in der Hoffnung, daß wir uns wiedersehen. Ich danke Dir auch für die Zeitungen, aber schreib mir auch einige Worte. Man freut sich immer, wenn man etwas zu lesen bekommt.

Feuertausch.

Vier Stunden sehen wir schon auf der Chauffee, immer mit dem Gedanken in der Heimat; plötzlich ertönt das Kommando: „An die Pferde!“ Der Gedanke an die Heimat ist verschwunden und ein anderer greift Platz, es geht zum ersten Gefecht. Der erste Gebote: „Bist Du aus dem Gefecht zurückgekehrt? Wir rücken drei Kilometer weiter, schon sehen wir die Sprengpunkte der feindlichen Schrapnells, der Kanonendonner wird immer stärker; wieder rücken wir einen Kilometer weiter vor und nehmen hinter einem kleinen Waldchen geschlossenen Aufstellung. Wir fahren dann quersüden, über Kartoffel- und Rübenfelder, und es wird mir klar, daß der Ausdruck: „Im Kriege wird nichts verschont!“ sich bewahrheitet. Unser Hauptmann reitet hin und her, plötzlich ertönt aus seinem Munde das Kommando: „Kanoniere aufgefessen, Batterie Galopp!“ Es geht in Stellung; nach hundert Metern sind wir am Ziele. „Nach rechts probt ab!“ Kaum ist dies geschehen, so hat uns die feindliche Artillerie erblüht, und überschüttet uns nun mit einem Eisenregen, so daß wir denken, die Hölle sei los; ängstlich suchen wir hinter den Schützen Schutz, ein Kamerad hat schon eine leichte Kopfverwundung davongetragen. Endlich haben wir die feindliche Batterie in einer Entfernung von 5000 Metern erbebt; schnell ist das Ziel gefunden, das Geschütz geladen, ich stehe am Abzuge und erwarte das Kommando. Es ertönt: „Erstes Geschütz Feuer!“ Ich ziehe ab. Der Schuß lag uns und nach einigen weiteren Gruppen haben wir den Feind zum Schweigen gebracht. Wir alle atmen auf, glauben wir doch, daß der Kampf für heute zu Ende sei. Doch schon nach wenigen Minuten erhalten wir Flankenschuß, auch von vorn beginnt der Kampf auf neuem; wir können in diesem mordrüsigen Feuer nichts ansichtigen und weichen demselben aus, indem wir unsere Geschütze etwas zurückziehen, dadurch kommen wir aus dem Bereich des Feuers. Aber auch wir müssen schweigen. Nach halbständigem Warten wagen wir uns wieder in unsere Stellung, doch kaum haben wir begonnen zu feuern, als auch wir wieder Feuer erhielten, und diesmal in recht verstärkter Auflage. Der

Feind streut seine Schrapnells vor und hinter uns und zum Überflus erhalten wir auch wieder noch Flankenschuß, so daß wir uns diesmal in einem richtigen Kessel befinden. Unsere Munitionskolonnen ist sehr gefährdet, da sie ungedeckt auffahren muß, fährt sie nur bis zu einem kleinen Waldchen und von hier aus muß die Munition dann zu den Geschützen getragen werden. Aber auch diese Stelle hat der Feind entdeckt und sendet seine schweren Geschütze nach den Munitionskolonnen und einige schlagen dortselbst direkt ein und fordern ihre ersten Opfer. Unsere Patronen sind hinter einer Anhöhe in Deckung gefahren, rechts davon ist eine Bindmühle, die Flügel derselben stehen still, doch kaum haben unsere Fahrer den Pferden etwas Erleichterung geschaffen, als sich die Mühle in Bewegung setzte. Entsetzt schauen unsere Offiziere nach der Mühle, sollte dies etwa Verrat sein? Und tatsächlich ist dem so; denn der Feind sendet seine Geschütze mit großer Zielstrehheit in unsere Patronen; der erste Schuß ist ein Volltreffer, einige Kameraden sowie Pferde liegen in ihrem Blute. Unser Hauptmann erhält von dem Geschehenen Kenntnis und übergibt unserm Oberleutnant die Batterie, um zu sehen, was aus unsern Patronen geworden. Endlich erscheint er und seine Worte lauten: „Halt, Stellungswechsel, Kanoniere Geschütze bis zum Abhang bringen!“ Wir sehen uns fragend an, denn dieses erscheint uns fast unendlich, denn die Nacht und der Tag waten zu aufreibend, wir können uns kaum noch auf den Füßen halten. Doch schon ist unser Hauptmann zur Stelle: „Kanoniere, macht nur, Euer Leben steht auf dem Spiele.“ Und richtig, der Feind hat unsere Bewegung gemerkt und eröffnet auf uns ein Schnellfeuer. Doch die Geschütze schlagen weit hinter uns ein und so gelingt es, unsere Geschütze mit allergrößten Anstrengungen aus dem Feuer zu ziehen. Im rasenden Galopp fahren wir den Abhang hinunter, wo wir in einem tiefen Sumpfe geraten, und abermals kostet es große Anstrengungen, um unsere Geschütze zu befreien. Wir fahren gedekt über das große Schlachtfeld und zum ersten Male sehen wir die gewaltigen Opfer des Krieges. Zahlreiche Kameraden bedecken außer Vieh und Wagenmaterial das Feld. Es beginnt bereits dunkel zu werden und wir sehen uns nach Hilfe; doch wir müssen zum zweiten Male in Stellung. Kälte entkräftet graden wir uns dennoch ein und sehen uns in den Graben; in wenigen Minuten ist alles in tiefsten Schlaf versunken. Doch ich finde keinen Schlaf, trotzdem mir die Augen zufallen. Zwei Stunden verbleiben wir in dieser nicht angenehmen Stellung, ohne einen Schuß abgeben zu können. Endlich kommt das Kommando: „Alles fertig!“ Jeder a met auf, geht es doch jetzt endlich ins Quartier. Wir fahren noch eine gute Stunde und kommen gegen 11 Uhr in der Nähe von Darkehmen an. Hier beziehen wir auf dem Felde Quartier; wir sind nicht anders unterzubringen, weil in allen verfügbaren Räumen Verwundete untergebracht sind. Wir holen Wasser und fügen ab, um endlich nach 36stündigem Fasten etwas Nahrung zu uns zu nehmen. Kaum aber haben wir den letzten Löffel vom Grunde genommen, als auch jeder schon im tiefsten Schläfe auf freiem Felde unter unseren Fahrzeugen lag, um für die nächsten Stunden Kräftigung zu sammeln. Es war ein harter, ein schwerer Tag, meine erste Feuertausch!

Aus unserm Berufe

Automobil-Führer



Autounfall infolge ordnungswidrigen Fahrens auf einem Platze. (Urteil des Reichsgerichts vom 28. Januar 1915.) An einem Juliage des Jahres 1912, abends gegen 7 Uhr, verunglückte eine gewisse Frau S. auf dem Prager Platz zu Berlin dadurch, daß sie von einem Kraftwagen der Berliner Veruns-Automobil-Gesellschaft, den der Chauffeur A. lenkte, umgerissen und überfahren wurde. Im einzelnen hatte sich der Unfall folgendermaßen zugefahren. Frau S. war die Prinzregentenstraße, die am Prager Platz mit der Schaffenburgstraße zusammenfließt, entlang gegangen, um dann den Platz zu überqueren. An der Ecke der beiden dort zusammenstreichenden Straßen war ein Blumenwagen mit ziemlich hohem Aufsatz aufgestellt, an dem vorüber Frau S. ihren Weg nehmen wollte. Beim Betreten der Straße bemerkte sie von links herkommend einen Straßenbahnwagen und ein Auto, die beide rechts herum um den Platz fuhren, gleichzeitig näherte sich von der Schaffenburgstraße her ein Kraftwagen der Berliner Veruns-Automobil-Gesellschaft, der von rechts kommend im linken Bogen den Platz umfahren wollte. Frau S., die auf das Hauptsignal des Chauffeurs A. dieses Autos stehen blieb, wurde, nachdem sie noch zwei Schritte zurückgetreten war, von dem Kraftwagen umschoben und von den Vorderreifen derselben überfahren. In der Folge entstand nun Streit darüber, ob der Chauffeur A. mit einer Schuldenschnelligkeit von 10 oder 16 Kilometer gefahren sei. Durch diesen Unfall verlor die Verletzte in dauerndem Siechtum und forderte daher mit der Klage beim Landgericht Berlin in Erfah der Arzt- und Pflegekosten sowie eine lebenslängliche Rente. Das Landgericht erkannte die Ansprüche zur Hälfte an, indem es davon ausging, daß die Ver-

unglücke mitwirkendes Verschulden insofern trefte, als sie nicht vor Überbreiten des Straßenbannes sorgfältig Umkehr gehalten habe. Gegen dieses Urteil legte Frau S. Berufung beim Kammergericht in Berlin ein, das die Ansprüche in vollem Umfang für gerechtfertigt erklärte und dazu begründend etwa folgendes ausführte: Die Klägerin ist durch ein Kraftfahrzeug der beflagten Gesellschaft förperlich verletzt worden und verlangt Rente als Ersatz des Vermögensschadens, der darin besteht, daß ihre Erwerbsfähigkeit aufgehoben und eine Vernehmung ihrer Bedürfnisse eingetreten ist. Der Anspruch ist nach § 7 und § 11 des Kraftfahrzeuggesetzes begründet. Der Einwand der Beklagten, daß sie bei Auswahl ihres Chauffeurs die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet habe, kann auf sich beruhen. Die Beweisaufnahme spricht gegen die Beklagte. Der Chauffeur mußte auf dem Prager Platz so vorfristig fahren, daß er jederzeit anhalten konnte. Es besteht in Berlin für eine Anzahl von Plätzen die Vorschrift, daß sie nur rechts herum besahren werden dürfen. Was dies auch gerade nicht für den Prager Platz gelte, so liegt doch darin, daß der Chauffeur links herum fuhr, eine große Unvorsichtigkeit. Fußr dieser aber links herum, so mußte er es wenigstens ganz langsam tun. Es ist indessen festzustellen, daß er zu schnell gefahren ist. Nach seiner Angabe betrug die Geschwindigkeit 10 Kilometer, es ist aber ermittelt worden, daß sie 16 Kilometer betrug. Wäre der Chauffeur links in weitem Bogen gefahren, so hätte er die Klägerin sehen müssen. Er hat hiernach eine Fahrvorschrift verletzt, auf die bei der Stärke des Straßenverkehrs das allergrößte Gewicht zu legen war. Was die Frage des eigenen Verschuldens der Verletzten anlangt, so muß zwar zugegeben werden, daß auch der Fußgänger beim Überbreiten von Straßen Obacht geben muß; hier kann indessen der Klägerin ein Vorwurf nicht gemacht werden, selbst wenn sie sich vorher nicht überzeugte, daß ein Auto sich näherte, um links herum um den Platz zu fahren. Die Verletzte ist dadurch übersehen worden, daß, als sie noch nicht in der Mitte der Straße war, auch von rechts her ein Kraftwagen

herankam. Sie befand sich also in einer schwierigeren Situation, die sie nur dadurch entgehen konnte, daß der Chauffeur den Wagen sofort zum Stehen brachte. Der Klagenanspruch ist hiernach dem Grunde nach gerechtfertigt. Dieses Urteil focht die beflagte Auto-Gesellschaft mit der Revision beim Reichsgericht an, die jedoch vom 6. Zivilsenat des höchsten Gerichtshofes zurückgewiesen wurde, sodaß die Verletzte voll entschädigt werden muß. **Schwerer Unfall bei einer Automobilversuchsfahrt im Schnellzugstempo.** (Urteil des Reichsgerichts vom 9. Februar 1915.) Für Automobilfahrten gilt im allgemeinen der Grundsatz, daß von der für die Sicherheit verantwortlichen Person diejenige Sorgfalt aufzuwenden ist, die im Verkehr im Interesse der Sicherheit für erforderlich gilt. Trifft jedoch zur gewöhnlichen Betriebsgefahr noch eine besondere Gefahr hinzu, dann wird entsprechend vom Verantwortlichen auch ein gesteigertes und ganz besonderes Maß an Umficht anzuwenden sein. Wer also im Schnellzugstempo vielbesetzte Landstraßen befährt, muß sein Verhalten viel genauer überlegen, weit schärfer Ausschau halten, kurzum, ein weit höheres Maß von Sorgfalt aufzuwenden als ein Automobilist, der mit gewöhnlicher Geschwindigkeit fährt und daher auch nur solche Sorgfalt zeigen muß, wie sie der Verkehr im allgemeinen vom Autofahrer verlangt. Das Reichsgericht spricht sich hierzu in folgender Entscheidung aus: Der Diplomingenieur Dr. ing. Georg Bergmann trat 1912 als Versuchingenieur in die Fabrik der Neuen Automobil-Gesellschaft („Nag“) in Berlin-Oberbrenneide ein, wo er neue Motoren zu konstruieren, auszubastieren und Verbesserungsversuche auszuführen hatte. Da er täglich Automobilversuchsfahrten vornehmen mußte, lernte er Automobilfahren und legte am 28. August 1913 die Kraftfahrprüfung ab; der Führerschein hat er erst später erhalten. Am Sonntag, den 31. August 1913, unternahm er zwecks Erprobung eines neuen Verwalters mit einem 38Pferdigen, sechsstigen Tourenwagen der „Nag“

Zukunft, wenn ihnen eine Rückkehr beschieden ist, ausmalen. Er schreibt ein Kollege:

"Hier in Feindesland kann man erst sehen, was die Eisenbahner im Frieden zu Hause alles verdammt haben. Den vielen Aufforderungen, sich zu organisieren, wurde aus Furcht, daß sie ihre Erziehung verlieren könnten, oft keine Folge geleistet. Hier aber dürfen sie nicht danach fragen, ob sie nur ihre Erziehung verlieren, sondern hier heißt es, das kostbarste, das Leben daran setzen. Hier kann er nicht sagen wie zu Hause, wenn die Beiräge erhöht werden: 'Ich mache nicht mehr mit, ich kann nicht mehr, ich trete aus,' sondern hier heißt es: 'Vorwärts, los! es was es wolle!' Wenn wir wieder nach Hause kommen, soll es anders werden mit der Organisation. Können und müssen wir hier das Leben daran setzen, dann können wir nachher auch einen Erziehungswandel in Kauf nehmen."

Ein anderer Kollege fragt an, wie es um die Organisation steht? Halten die zu Hause Gebliebenen die von uns aufgebaute Organisation auch aufrecht? Wieder ein anderer, der sich um die Verhältnisse in der Ortsgruppe erkundigte und dem die Auskunft zu teile wurde, daß leider einige, die in ihrem sicheren Verdienst und in ihrer häuslichen Ordnung der Organisation den Rücken gekehrt, antwortet kurz und bündig: "Diesen Kollegen ist es zu Hause zu wohl, schickt sie zu uns an die Front."

Ein anderer Kollege schreibt: "Erbärmlicheres kann ich mir nicht denken, als die Fahnenflucht aus der Organisation. Wir sehen hier draußen Gut und Blut auch für sie in der Heimat ein, und diese sind nicht insofern, die würdigen Opfer gegenüber den unfrischen in der Heimat für unsere Organisation zu bringen." (Ein Teil des Briefes mußte hier gestrichen werden S. 1. b. C.)

Noch ein anderer schreibt: "Mein lieber Kollege C. 1. Ich glaube Dir gern, daß Du viele Deiner Mitarbeiter schwer entbehrest, aber gedulde Dich, wenn wir zurückkommen, wollen wir Dich desto mehr unterstützen und alle diejenigen ausmitteln, die noch im Schlummer des Stumpfsinns dahingleben."

Einem Kollegen aus einer anderen Stadt Sachsens, der mit dem eisernen Kreuz ausgezeichnet wurde, schrieb ich: "Nun hat das Unglück wieder einen dahingerafft nicht durch Tod oder Verwundung, sondern durch Auszeichnung; denn wenn dieser zurückkehrt, kann er doch als Krieger nicht mehr einer freien Gewerkschaft angehören, und vor allem, um mit der Verwaltung zu sprechen, 'kein Sozialdemokrat' sein." Da antwortete mir derselbe: "Mein lieber Kollege C. 1. Ich habe geglaubt, als ich Deinen Brief erhalten und habe ihn sofort den anderen gezeigt. Du irrst Dich, auch wir wollen in Zukunft alles daran setzen, Aufklärung in die Köpfe zu bringen, daß ein solches Blutvergießen nicht wieder vorkommt. Wir sind hier der übergrößte Teil im Schützengraben freie Gewerkschaftler, und Deine Auszeichnungen haben eine lange Debatte hervorgerufen, mit dem Ergebnis, daß wir trotz Auszeichnungen als die alten, natürlich nicht mit der Gesundheit, denn da werden an uns ältere Leute für die Herren alt zu hohe, ja übermenschliche Anforderungen gestellt; aber wir werden alles für die Ausbreitung tun, auch wenn die Eisenbahnverwaltung uns bis dahin nicht mit einem freien Koalitionsrecht dankt, so tun wir es gegen ihren Willen, wie wir es bisher getan haben."

Viele andere sind erregt über die Jugendung der Volksgattung und des Gewerkschaftsorgans. Da schreibt z. B. einer: "Wir brennen stets darauf, von Dir Zeitungen zu erhalten; wir sind hier mehrere zusammen, aber leider müssen wir uns auch hier in Acht nehmen, da einige aus der Generalabteilung darunter stehen, die auf jedes Wort aufpassen, auch schon Ausmerkungen fallen ließen, daß sie es der Direktion berichten wollen."

So und ähnlich klingen alle Briefe: kein Brief, der sich nicht nach der Organisation erkundigte. Aber auch alle wünschen durchweg, daß doch der Friede bald eintreten möge, damit dieser unheilvolle Krieg bald sein Ende habe.

Wir möchten auch hoffen, daß die Eisenbahnverwaltungen den Feindesländern zum Danke für ihre dem Vaterlande dargebrachten Opfer, das Koalitionsrecht, das Recht, sich auch in einer freien Gewerkschaft zu organisieren, ohne daß ihnen Schwierigkeiten im Vorwärtskommen oder in anderer dienstlicher Beziehung gemacht werden, gegeben wird. Leider muß aber betont werden, es lohnt vorläufig noch nicht danach aus; trotzdem werden wir nicht den Mut verlieren, wir wollen mutig weiter kämpfen, es muß doch einmal Frühling werden."

Hafenarbeiter.

Lohnbewegungen der Hafenarbeiter in Dänemark während des Jahres 1914. Im Laufe der Sommermonate 1913 hatten zwischen den beteiligten Arbeiterorganisationen und der Direktion der Kopenhagener Freihafengesellschaft über Lohn- und Arbeitsbedingungen Verhandlungen stattgefunden, die so ziemlich zu einem für die Arbeiterschaft im Freihafen günstigen Abschluß gelangt waren. Erst das Auftauchen eines neuen Direktors der Hafengesellschaft schuf im September 1913 dadurch eine ganz geänderte Sachlage, daß sämtliche Bestimmungen, über die man sich in langwierigen Besprechungen geeinigt hatte, plötzlich von dem neuen Personal über den Haufen geworfen wurden. Im Laufe des Monats Dezember wurde mehrmals vergeblich versucht, aufs neue Verhandlungen einzuleiten, jedoch vergeblich. Im Gegenteil, am 4. Dezember zeigte sich unvermittelt den Arbeitern ein Anschlag im Freihafen, wonach die bisherigen Lohnsätze am 1. 1. 1914 außer Kraft gesetzt und die Lohnsätze ganz bedeutend reduziert werden würden; ferner die Arbeiter, die noch nach dem genannten Tage weiter beschäftigt sein wollten,

sich bis spätestens bis zum 15. Dezember bei der Direktion zu melden hätten. Die Arbeiterorganisationen betrachteten dies als eine verdeckte Form für eine Aussperrung und riefen die Entscheidung des permanenten Schiedsgerichtes an. Durch die Entscheidung des Schiedsgerichtes wurde die Direktion der Freihafengesellschaft gezwungen, die Arbeiterorganisation zu veranlassen, der gewerkschaftlichen Landeszentrale die für solche Fälle in Dänemark gebräuchliche "Aussperrungsversicherung" zuzustellen. Die Versicherung war jedoch überflüssig, denn am 22. Dezember traten die Hafenarbeiter in den Streik; dieser dauerte bis Anfang Juli 1914. Das Ergebnis des Streiks war, daß man im großen Ganzen die Arbeitsbedingungen aufrecht erhalten konnte, gegen die der Arbeitgeber einen so erbitterten Angriff unternommen hatten. Noch eine andere Folge, die als ein moralischer Erfolg bezeichnet werden konnte, hatte dieser Streik, nämlich daß die drei beteiligten Organisationen, der Hafenarbeiter, der Kohlenarbeiter und der Hafensarbeiter durch ihren Zusammenschluß die Organisation auf eine breitere Basis stellten. Der Konflikt umfaßte im ganzen 6 bis 700 Mann, die trotz eifrigster Streikverhinderung von seiten der Freihafengesellschaft während der Streikzeit nicht ersetzt werden konnten. Die übrigen Lohnbewegungen des Jahres waren, soweit Transportarbeiter in Frage kamen, meist ohne größere Bedeutung. Ohne Streik konnte man eine Lohnbewegung mit Erfolg für die Ziegeleiarbeiter und die Ziegelei-Fuhrleute durchführen. Die Kohlenarbeiter und die Speicherarbeiter am Hafen von Alsborg verlangten verbesserte Arbeitsbedingungen und Löhne. Es kam zu Verhandlungen, die den betreffenden Arbeitern annehmbare Erhöhungen der Zeit- und Alterslöhne brachten. Im Anschluß an einen Streik, der sämtliche Arbeiter der chemischen Fabriken der Hof- und Fetteisfabrik umfaßte, erreichten die Fuhrleute in mehreren Betrieben eine Reihe von Lohnerhöhungen und andere Vorteile. In Randers wurde ein Tarifvertrag zwischen den Fuhrleuten und der lokalen Arbeitgeberorganisation abgeschlossen. Für die Arbeiter im Hafen von Aalborg und Svendborg wurden neue Tarifverträge abgeschlossen. Am ersten Drie wurde ein Streik notwendig, in Svendborg lief die Sache ohne Arbeitseinstellung ab. Die Verträge brachten verschiedene Lohnerhöhungen. Ein paar Streitfälle, die an und für sich ganz unbedeutend waren, erregten dadurch großes Aufsehen, daß sie die Landesorganisation der Arbeitgeber veranlassten, mit Grobausperrung zu drohen. Durch Verzugsstreitigkeiten der hierfür zuständigen Schiedsgerichtsbehörde wurde jedoch jedesmal im letzten Augenblick die drohende Gefahr eines das ganze Land umfassenden Lohnkampfes abgewendet.

Handelsarbeiter

Berlin. Sektion der Papier, Pappen engros, Buchdruckereien, Buchbindereien, Buchhandlungen, Journal-Verleger und sonstige in der Papierindustrie tätigen Hausdiener usw. Die Gewerkschaften dieser Branche hielten am 18. Januar ihre Jahresversammlung ab. Anstelle des vorherigen Kollegen E. gab Kollege S. den Jahresbericht und führte nachstehendes aus:

Die Branchenleitung obenan genannter Gruppen konnte, wie bereits aus dem Jahresbericht 1913 ersichtlich, von einem ablaufenden Geschäftsgang im zweiten Halbjahr berichten, und so ist für das Jahr 1914 ebenfalls keine Neubelebung des Geschäftsganges eingetreten. Waren die Erfolge in der Agitation und der Vermittlungsarbeit im ersten und zweiten Quartal noch als zufriedenstellend zu nennen, so trat mit Ausbruch des Krieges eine wesentliche Veränderung ein. Die Arbeitslosigkeit, welche schon für das technische Personal im graphischen Berufe herrschte, ergriß noch einen wesentlichen größeren Prozentsatz und ging in erschreckendem Maße auf das Hilfsarbeiterpersonal über. Der Deutsche Buchdrucker-Verein trift in Gemeinschaft mit dem Verband der deutschen Buchdrucker einen Aufruf an die Staats- und Gemeindeführer sowie Körperschaften des Handels und der Industrie zur Beschaffung von Arbeitsplätzen. Die Lage der Verhältnisse im allgemeinen bedingte, eine Verringerung der Agitationszwecke eintreten zu lassen. Die Einberufung der Branchen-Versammlung wurde eingeschränkt, dafür die Branchenleitung beauftragt, im regen Verkehr mit den Vertrauensleuten zu bleiben, weil durch Einberufungen zum Militär ein ständiger Wechsel in den Betrieben eintrat. Zur Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten fanden statt: 6 Branchenversammlungen, 98 Betriebs-Sitzungen, 29 Vertrauensmännerversammlungen (inkl. Branchenleitungs-)Sitzungen, 19 Verhandlungen mit Unternehmern.

Erzielten wir im ersten und zweiten Quartal noch 184 Renaufnahmen, so mußten wir uns im dritten und vierten Quartal mit 58 begnügen, zusammen 242 Aufnahmen. Ein in den ersten Kriegsmontaten herausgegebener Fragebogen stellte fest, daß im Monat August 259 Arbeitslose vorhanden waren, dazu kamen noch im September-Oktober 110, also circa 400, außer den unter Lohnzahlung arbeitenden Kollegen sowie den teilweise Beschäftigten (Ausschließen unsichtig). An den Sammlungen zum Monatsfonds für ausgesetzte arbeitlose Kollegen sowie der Kriegesfrauen wurden bis Ende Dezember circa 950 M. aufgebracht. Nur einige kleine Erfolge in Lohnbewegungen waren zu erzielen. Für die Hausdiener der Kantine Ullstein u. Co. wurde

der bestehende Tarif durch den neuen Inhaber unter schriftlich anerkannt. Die Väter der Prinz-Brot-Kollegen erzielten durch eine Verhandlung mit der Geschäftsleitung für 17 Kollegen eine Erhöhung des Stundenlohnes von 3 bis 7 Pf., durchschnittlich 2,40 Mark pro Woche.

Die Hausdiener der Firma Günther u. Meyer konnten durch Verhandlung mit den Firmenhabern die gesetzliche Mittagspause erreichen, was bis dato nicht der Fall war, außerdem die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit um eine Stunde. Die Radfahrer, Boten der Firma Franken u. Lang waren mit der Geschäftsleitung am Berliner Platz in Tarifverhandlungen getreten, da die Firma auch in Duisburg, Düsseldorf bereits mit ihren Angestellten Tarife beschikt; doch kam der Abschluß hier nicht zustande. Die bestehenden Tarife der Väter des Berliner Lokalangeigers und der Hofarbeiter-Zeitung wurden nicht geändert, laufen stillschweigend ein Jahr weiter. Eine Diskussion über den Bericht wurde nicht gewünscht. In die Branchenleitung wurden wieder beauftragt: der alte Branchenleiter, Stellvertreter S., Schriftführer L. und Weißer H.; neu hinzugewählt wurden Po. und W. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen über die weiteren Maßnahmen in der Agitation und einem kräftigen Appell, treu zum Verbande zu halten, wurde die Versammlung geschlossen.

Berlin. Sektion der Hausdiener, Putzker der Wäscheverleihbranche. Die vorgenannte Branche hielt am 4. Februar ihre Jahresversammlung ab. Kollege S. hielt einen instruktiven Vortrag über "Die Gewerkschaften während des Krieges", welcher gut aufgenommen wurde. Kollege S. gab den Jahresbericht. Zur Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten fanden statt: 7 Branchenversammlungen, 30 Betriebsbesprechungen, 25 Sitzungen der Tarif- und Schlichtungskommission so wie der Branchenleitung und Vertrauensleute. 49 Verhandlungen mit Unternehmern fanden statt wegen Tarifabschlüssen sowie Beilegung von Differenzen. Bereits im Dezember 1913 hatten die Unternehmer den Angestellten den Tarif gestrichelt. Nach mehrmaligen Verhandlungen kam es wieder zum Tarifabschluß, doch zogen sich dieselben bis Ende April 1914 hin. Abgeschlossen wurden 57 Tarife für 193 Beschäftigte, davon für die Vereinigung Berliner Wäscheverleiher-Gesellschaften 13 Unternehmer, Freie Vereinigung Berliner Wäscheverleiher-Gesellschaften 19 Unternehmer und freier Vereinigung angehörig 23 Unternehmer. Durch Ausbruch des Krieges trat eine wesentliche Veränderung der Geschäftslage ein, und wurde durch eigene Verhandlungen der Angestellten und der einzelnen Unternehmer ein Provisorium geschaffen. Bei 15 Firmen der Freien Vereinigung der Wäscheverleiher-Gesellschaften kam es Ende Februar zu einer Abweichungsbewegung. 62 Kollegen waren beteiligt. Die Differenzen wurden durch eine Vereinbarung beigelegt.

Für die Sammlungen zum Monatsfonds gingen bis Ende Dezember circa 130 M. ein. Zur Neuwahl der Branchenleitung wurde beschlossen: die geschäftlichen Erledigungen verbleiben bis auf weiteres in den Händen der Kollegen S. und R. Die Ersatzwahlen finden in einer später einzuberufenden Versammlung statt, da die Einberufungen zum Militär und der Uebergang von Kollegen in andere Berufe sowie der Eintritt neuer Kollegen in die Betriebe dieses angingig erscheinen lassen. Nach einer Diskussion über die weiteren Maßnahmen in der Agitation und einem Appell, nicht zu erlahmen für den D. V. wurde die Versammlung geschlossen.

Berlin. Die gegenwärtigen Verhältnisse in der Textilbranche. Nach Ausbruch des Krieges sah es auch in dieser Branche, wie überall, böse aus. In der ersten Besetzung wurden auch hier viele Betriebe geschlossen, oder doch sehr viele Entlassungen unserer Kollegen vorgenommen, in vielen Betrieben die Löhne sowie die Arbeitszeit reduziert. Die Unternehmer in ihren Vereinigungen verständigten sich bald über die Bezahlung der Angestellten und beschloßen, daß ist der ganz besonderen Beachtung wert, die Löhne zumest auf zwei Drittel der bisherigen Höhe festzusetzen. Nebenher die Unternehmer in der Manufaktur, Baumwolle, Leinen-Stoffbranche usw. Erleichternde letzte verhältnismäßig schon eine günstigere Konjunktur ein, so daß im September-Oktober 1914 in fast allen Betrieben die Geschäftslage die volle Arbeitskraft aller Angestellten verlangte. Nicht so eilig hatten es die meisten Unternehmer mit der Heraussetzung der Löhne zur normalen Höhe. Wir konnten durch Umfrage selber feststellen, daß in den meisten Betrieben vollständig ungerechtfertigt, nur aus dem eigenen Profitinteresse, die Löhne immer noch um das eine Drittel gekürzt blieben, trotzdem die Preise der Waren sehr in die Höhe gingen. Löhne von 20, 18, ja selbst von 15 M. waren keine Seltenheit zu einer Zeit, in der es an eingearbeiteten Arbeitskräften in unserer Branche mangelte.

Dieses müßten die Kollegen überall da, wo sie organisiert waren, auch selbstverständlich aus und erreichen bald ihren alten Lohn wieder. Aber nicht überall fiel die Anrufung der Branchenleitung hierzu auf fruchtbaren Boden. Wo die Kollegen sich absolut nicht um die Verhältnisse bekümmerten, wo sie gar nicht für die Organisation und mit Hilfe dieser für die Erlangung besserer Löhne zu bewegen waren, da blieb der Abzug bestehen, da hatten sie vergebens vor dem guten Erzzen der Unternehmer auf eine bessere Bezahlung. Es ist ein Stand, daß diese Leute sich heute noch bei voller Arbeitszeit und voller Beschäftigung mit einem Lohn von 18 bis 22 M. zufriedelassen. Der Stand ist um so größer, weil es heute kaum möglich ist, offene Stellen in dieser Branche teilweise für 24 bis 25 M. zu besetzen. Das reicht auch bei den heutigen teuren Lebensmitteln zum Unterhalt nicht aus und deshalb ist es zu unterstreichen, wenn Kollegen in den Betrieben befristet sind, eine

Feuerungszulage zu erlangen. Und die heutige verhältnismäßig günstige Geschäftslage gestattet dies auch. So ist es den Kollegen bei der Firma A. und B. Glitsch, Trifolungen, gelungen, den Lohn um 2 Mk. pro Woche aufzubessern. Bei der Firma H. Reichelt, Zellefabrik, wurde ebenfalls eine Lohnzulage von 10 Pf. die Stunde oder 6 Mk. pro Woche erzielt. Auch bei der Firma Benjamin u. Co., Teppiche, erhielten die Kollegen eine Zulage von 2 Mk., zum Teil 1 Mk. pro Woche zu ihrem Lohn. Diese Beispiele genügen, um den Kollegen ihre Mangelhaftigkeit, ihre Unentschlossenheit, ja ihre Schlafmützigkeit vorzubilden, die weit unter den üblichen Löhnen arbeiten. Können wir noch besser den Wert der Organisation illustrieren? Zusammenhalten, sich dem Deutschen Transportarbeiterverband anschließen, ist die Vorbedingung zur Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage. Versuchen wir mit allen Kräften, den Kollegen dies beizubringen. Uneinigmütigkeit müssen wir uns dieser Aufgabe mehr denn je widmen. Viele unserer Bräuer, die für den Aufbau der Organisation ihr Bestes getan haben, sind heute daran verhindert; deshalb müssen wir doppelt unsere Pflicht tun, agitieren und organisieren auch während des Krieges, und wir arbeiten für die Zeit des kommenden Friedens vor.

Leipzig. Wer stört den Burgfrieden?
Die Firma H. B. C. G. m. b. H., Strumpfwaren und Erbsiotagengeschäft, Grimmische Str. 30, brachte vor längerer Zeit in großer auffälliger Weise in allen hiesigen Tageszeitungen „zur öffentlichen Kenntnisnahme“ und ließ sich dieses von Sachverständigen noch besonders beglaubigen, daß sie während der Kriegszeit die Gehälter und Löhne ihrer Angestellten und Arbeiter nicht vermindert habe. Besser wäre es schon gewesen, die Firma hätte gleich die Gehälter und Löhne ihres Personals mitgeteilt, damit die Öffentlichkeit auch davon Kenntnis erhielt. Dieses hat sie aber wohlweislich nicht getan, weshalb jetzt wir uns veranlassen, die Löhne der betreffenden Arbeiter „zur öffentlichen Kenntnisnahme“ zu bringen und uns mit noch einigen anderen Zuständen bei dieser Firma zu beschäftigen. Diese Firma beschäftigt mehrere jugendliche Kollegen als Radfahrer zu noch recht niedrigen Löhnen bei einer überaus langen Ausnutzung. Die Löhne dieser jugendlichen Personen betragen bei einem Alter von 17 bis 19 Jahren 10 Mk. bis zum Höchstlohn von 16,50 Mk. Regieren Lohn erhielt nur ein Kollege, welcher noch dazu bereits zwei Jahre in diesem Betrieb tätig war. Für diesen Lohn müssen die jugendlichen Kollegen zum großen Teil den ganzen Tag bei Wind und Wetter mit dem Rade, mit Paketen beladen, in der Stadt herumjagen und sind dann oftmals gezwungen, abends nach Geschäftsstunde ebenfalls noch eine Stunde Pakete zu besorgen, was sich in der Regel bis 9 und auch 10 Uhr hinzieht. Außer diesen Lohn- und Arbeitsverhältnissen steht es in sanfterer Hinsicht bei dieser Firma ebenfalls noch recht verheerend abstruktiv an. So ist für das betreffende Arbeiterpersonal ein Garberoberschrank von zirka einem Meter Länge und einem halben Meter Breite vorhanden, worin zirka 15 Personen nicht nur die Kleidung, sondern auch noch ihre Livreen usw. aufbewahren sollten. Ein Raum, wo diese Arbeiter ihre Mahlzeiten einnehmen können, ist überhaupt nicht vorhanden, sondern in dem Winkel, wo sich dieser Garberoberschrank, sowie die Wascheinrichtung und das Kloset befindet, dort müssen die Kollegen in aller Eile ihre Benne verpacken.

Als die Kollegen nun in einer Zusammenkunft hierzu Stellung genommen hatten, um diese Zustände zu verbessern, hatte die Firma hiervon Kenntnis erhalten. Der Mitinhaber der Firma, Herr Schaub, hatte deshalb am anderen Tage nichts eiligeres zu tun, als jeden zu fragen, ob er in der Versammlung gewesen sei und ob er auch organisiert wäre. Als letzteres von der Mehrzahl der Beschäftigten mit ja beantwortet wurde, kündigte Herr Schaub den betreffenden mit der Bemerkung: „organisierte Leute könne er nicht gebrauchen“. Ein hierauf von der Verbandsleitung unternommener Versuch, die Angelegenheit in gütlicher Weise zu regeln, wurde von dem Inhaber der Firma abgelehnt. Das Urteil über eine solche Handlungsweise dieser Firma überlassen wir der Öffentlichkeit selbst. Hierdurch ist wieder einmal der Beweis erbracht, daß es nicht die Arbeiter, sondern der Unternehmer ist, welcher den sogenannten Burgfrieden stört. Diese Firma, welche so das geleglich gewährleistete Koalitionsrecht der Arbeiter mit Füßen tritt, scheint sich aber nicht, ihre Waren in der Arbeiterpresse zum Verkauf anzubieten. Die Arbeiterkraft, welche zu einem großen Teil zur Kundenschaft dieses Geschäfts gehört, wird sich ein solches Verhalten jedenfalls für die Zukunft merken. Wenn dieser Unternehmer aber glaubt, den Verband auf eine solche Weise los werden zu können, so irrt er sich gewaltig. Die entlassenen Kollegen meinen diesem Geschäft keine Kränze nach, denn schon in den nächsten Tagen würden alle wieder anderweitig in Arbeit gebracht, wo sich die einzelnen bis zu fünf Mark pro Woche verbessern haben. Bei passender Gelegenheit wird der Verband auch mit diesem organisationsfeindlichen Unternehmer abrechnen.

Verbandes.“ Redner gab den Anwesenden ein übersichtliches Bild vom Werden und der weiteren Fortentwicklung unserer Jugendabteilung und erörterte gleichzeitig die vielerlei Vorteile, welche den Jugendlichen durch die Organisation geboten würden. Dem Redner wurde lebhafter Beifall zu teil. Hierauf wurde der Bericht für das Jahr 1914 erlassen. Denselben ist u. a. folgendes zu entnehmen. Es wurden im verfloßenen Jahre 8 Abteilungs- und 2 Funktionsarbeitsversammlungen abgehalten. In den Versammlungen wurden den jugendlichen Kollegen Vorträge wissenschaftlichen und belehrenden Charakters gegeben. Viel Interesse wurde dem Wandersport entgegengebracht. Insgesamt wurden 9 Tages- und 2 Nachpartien unternommen, die sämtlich gute Beteiligung zu verzeichnen hatten. Sehr zahlreich war auch die Beteiligung an der Sommerwanderung am Teuplitzer See, die in der Nacht vom 20/21. Juni stattfand. Ferner beteiligten sich Mitglieder unserer Abteilung an den mehrwöchigen Oster- und Pfingstpartien nach dem Harz, der Insel Rügen und der weiteren Umgebung Berlins. Bei den einlässigen Partien besaßen sich die Unkosten für Fahrgelehr durchschüssig auf 70 Pf. bis 1,20 Mk. Da auf allen Partien unterwegs abgeloht wurde, konnten Lokale vermieden werden und entstanden den Teilnehmern somit keine weiteren Unkosten. Es ist übrigens bei unseren Wanderungen strenger Grundgesetz, nicht in Lokalen einzuliegen. Das Marschziel wurde in allen Fällen so gewählt, daß überreichlich Zeit zum Ausruhen und zur Kräftigung von Waldspäßen, die sich besonderer Beliebtheit unter den Jugendlichen erfreuen, verblied. Die im Jahre 1913 eingeführten Spielabende wurden auch in den Wintermonaten des verfloßenen Jahres fortgesetzt. Reges Interesse wurde den künstlerischen, geselligen und belehrenden Veranstaltungen der Gesamt-Jugendsektion entgegengebracht. Zu allen Veranstaltungen wurden Handzettel in entsprechender Zahl verteilt. Versandt wurden 12 Karten, 42 Briefe und 910 Druckfachen und Geschäftspapiere.

In der sich an den Bericht anschließenden Aussprache wurde u. a. der Wunsch geäußert, es möchte, wie bereits früher beschlossen, regelmäßig einmal im Vierteljahr eine allgemeine Versammlung der Funktionäre der Gesamt-Jugendsektion abgehalten werden, in der Agitations- und andere die Gesamt-Jugendsektion betreffende Fragen zu beraten sind. Die hierauf vorgenommene Neuwahl der Abteilungsleitung hatte folgendes Ergebnis: 1. Abteilungsleiter Max Kuring; 2. Abteilungsleiter Carl Niemer; Schriftführer Erich Schön; Kassierer Paul Lau. Als Bezirksführer wurden die Kollegen E. Wilmel, E. Kurz, F. Menager, B. Wbulla, O. Lahn, F. Melz, B. Weise und H. Traue aufs neue beauftragt und die Kollegen O. Engel und O. Hennig neu hinzu gewählt. Nachdem noch auf die nächsten Veranstaltungen hingewiesen, erfolgte Schluß der Versammlung.



Dresden. Nach mehrmaligen vergeblichen Versuchen gelang es endlich wieder einmal der Verbandsleitung, die durch den Krieg in ihrer Vereinstätigkeit arg gelittenen Dresdener Kollegen am 8. Februar zusammenzutrommeln.

Kollege Brüdner beauftragte in längerem treffenden Ausführungen die allgemeine Lage und ermahnte dringend zum Festhalten an der Organisation.

In der Aussprache ergriff Kollege Siegert das Wort, der in recht interessanten, mit Beifall aufgenommenen Worten die Verhältnisse in den Dresdener Kinos schilderte. Aus seinen, auf gutes Material gestützten Worten war zu hören, daß die Lage der Kinobeschäftigten sich im allgemeinen verschlechtert hat, da viele Kinos bei Kriegsausbruch ihre Porten schlossen und dann bei Wiedereröffnung die Löhne ganz erheblich gesenkt wurden. Inzwischen änderte sich die Geschäftslage ganz bedeutend zugunsten der Inhaber, von denen aber nur sehr wenige daran dachten, jetzt auch die alten Löhne wieder zu zahlen. Redner stellte fest, daß sämtliche Kinos jetzt ein besseres Geschäft machen als zuvor in Friedenszeiten; daß sich die Unkosten in vielen Fällen wesentlich vermindert haben und daß zwischen Verdienst der arbeitenden Angestellten und der proprietären nicht arbeitenden Chefs ein kraßes Mißverhältnis besteht, was umso unmaralischer ist, da die Angestellten doch ungleich mehr unter der horrenden Leuerung leiden. Festgestellt wurde auch, daß einzelne Besitzer ihren Angestellten freiwillig höhere Löhne zahlen als zuvor. Es wurde beschlossen, gegen die Besitzer, die ihre Angestellten zwar am Geschäftsrisko teil aber am Gewinnsgeheimnis teilhaben lassen, eventuell mit öffentlicher Namensnennung vorzugehen.

Beschlossen wurde, für die Dauer des Krieges eine provisorische Sektionsleitung zu wählen.

Gewählt wurde Kollege Georg Siegert als Leiter, Kollege Arnt Fischer als Kassierer und Emil Wambow als Schriftführer.

Nachdem noch beschlossen worden war, nun wieder regelmäßige Sektionsversammlungen abzuhalten, wurde nach einem zur freien Organisations- und Agitationsfähigkeit ermahnendem Schlußwort des Kollegen Brüdner die interessante Versammlung geschlossen.

Straßenbahner.

Die Hamburger Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft.

Schon des öfteren waren wir genötigt, über Mißstände im Betriebe obengenannter Gesellschaft zu berichten. Jetzt in der Zeit des Krieges aber sind die Verhältnisse nicht besser, sondern noch schlechter geworden. Das Personal wird jetzt noch mehr ausgezehrt als es früher schon der Fall war. Heute wie damals muß jeder Neueintretende auf das Recht eines freien Staatsbürgers verzichten, indem er ein Schriftstück unterzeichnen muß, in dem sich folgende Satz befindet:

„Ich verpflichte mich, daß ich dem Transportarbeiterverbande oder einem ähnlichen Verbände nicht angehöre und auch während meiner Dienstzeit nicht beitreten werde. Ferner unterwerfe ich mich in allen Fällen von Ordnungsstrafen der Entscheidung der Direktion bzw. des Vorstandes und verzichte dabei ausdrücklich auf jedes gerichtliche Verfahren.“

Der in ersten Satz erklärte Bericht auf das freie Koalitionsrecht ist hinfällig und rechtlich nicht haltbar, weil die Unterschrift unter einem Zwange erfolgt ist. Jedoch erreicht die Gesellschaft doch zum Teil ihren Zweck damit, weil der indifferente Teil des Personals glaubt, an diese Vertragsbestimmung gebunden zu sein. Andererseits zwingt die Gesellschaft den aufständig denkenden und vorwärtsstrebenden Angestellten zur Nichtannahme der abgegebenen Erklärung. Und jeder Angestellte, der diesen gegen die guten Sitten verstoßenden Vertragsartikel der Direktion zerbrochen vor die Füge wirft und sich seiner Organisation anschließt, handelt richtig in seinem Interesse und zum Wohle der Gesamtheit.

Durch Unterwerfung unter den zweiten Satz der in Frage kommenden Bestimmung versichert der eintretende Angestellte, daß er sich widerspruchlos, unter Verzicht auf richterliche Entscheidung, jeder einseitig von der Direktion über ihn verhängten Strafe fügen wird, aber bei Angelegenheiten, die bei ihren Vorgeleiten nicht befehrt sind, jedes seine Vorgehen mit Strafe belegt. Wer von seinem Gehalt nicht einen beträchtlichen Teil in den Händen der Gesellschaft lassen will, der schweiget so jeder ihm zugesagten Unbill, weil er ja seine Familie nicht barben lassen möchte. Es wird ihm auch jede Aussprache dieser Art mit der Direktion verweigert. Die vielen Zusammenstöße von Straßenbahnwagen in letzter Zeit lassen sich zum erheblichen Teil auf nicht genügende Schulung und Ueberanstrengung des Personals zurückführen. Die Sorge wegen einer Verletzung läßt auch vielfach das Personal die nötige Vorsicht außer Acht lassen. Sehr oft kommt es vor, daß der Motorführer, um einer Meldung zu entgehen, den Führer veranlaßt, Verspätungen einzuholen. Die Führer und Schaffner haben viel längeren Dienst als in Friedenszeiten. Wegen Personalmangel, hervorgerufen durch die Sparpolitik der Gesellschaft und durch Austritt des Personals infolge schlechter Behandlung und nicht genügender Entlohnung, müssen oft Ueberstunden gemacht werden, wofür keinerlei Entschädigung erfolgt. Wer aber bei dem unregelmäßigen Dienst einmal die Zeit verläßt, wird mit 1 Mk. Geldstrafe belegt; fällt er die Strafe nicht, wird er entlassen. Früher war jeder 8. Tag frei. Seit Kriegsbeginn gibt es einmal alle 11 und zweimal alle 12 Tage frei. Während der Weihnachtsfeierlage dauerte es 14 Tage, ehe es einen freien Tag gab. Vor Weihnachten wurde in Barnbeck angefahren, war während der Feiertage auf seinen freien Tag verzichtet, bekommt doppelten Lohn und 1 Mk. Ertragsvermittlung. Die Gesellschaft hatte es aber nur versprochen, es bekam niemand frei und das Geld war erpart. Wie die Gesellschaft sonst auf ihr Personal bedacht ist, dafür folgende: In Eppenheim am Krankenhaus muß das Barnbecker Personal auf Linie 6 zwanzig Minuten überfliegen. Diese 20 Minuten muß das Personal bei jedem Wetter unter freiem Himmel zubringen, wenn es nicht vorgeht, sich in der dort befindlichen Bedürfnisanstalt aufzuhalten. Auch die Behandlung läßt viel zu wünschen übrig. Einzelne der Vorgesetzten, die wir, wenn sie sich nicht ändern, das nächstem öffentlichen nennen werden, tun sich darin besonders hervor. Bemerkungen wie Bummelstreife, Schafstopp, Kalbar, oder: ein Straßenbahnführer ist eine ganz untergeordnete Personlichkeit und hat nicht zu sagen, fliegen nur so herum. Die Gesellschaft erklärt fortwährend Verfügungen über die Pflichten der Angestellten, aber von den Rechten ist nirgends die Rede. Die Schaffner hatten für sämtliches Material am Wagen. Sehr oft kommt es vor, daß die Gesellschaft fehlerhaftes Material erachtet bekommt, weil die Schaffner sich bei Uebernahme der Wagen nicht von dessen Beschaffenheit überzeugen wollten.

Es ist eine ganze Willkürse von Beschwerden, die hier vorgebracht sind. Eine durchgreifende Aenderung in den Verhältnissen kann aber nur herbeigeführt werden, wenn die Angestellten von ihrem gesetzlichen Koalitionsrecht Gebrauch machen und sich Mann für Mann ihrer Berufsorganisation, dem Verband der Straßenbahner, Mitbestimmung im Deutschen Transportarbeiterverband, anschließen. In diesem Augenblick würde der Gesellschaft die so notwendige Achtung ihres Personals ganz von selbst kommen.

„Freiwillige Mitgliedschaft“ im Werkverein in Nachen.

Wie es mit dem Eintritt in Wertvereine aus Ueberzeugung und freier Entscheidung ausbleibt, zeigt wiederum eine Bekanntmachung des Vorstandes des Kleinbahn-Werkvereins in Nachen, wonach jeder Wagenmeister der Stationen erachtet wird, den Neueintritt



Neukölln. In der am 21. Januar stattgefundenen Monatsversammlung der Abteilung Neukölln referierte Kollege Baad über das Thema: „Die Gründung und Entwicklung der Jugendabteilung unserer

von Personal jedesmal sofort dem Vorsitzenden des Vereins schriftlich mitzuteilen, damit die Werbung als Mitglieder und Ausstellung sowie Ausbändigung der Karten auch kurz nach dem Eintritt erfolgen kann.

Man läßt also dem Neueintretenden keine Zeit, sich erst über Zweck und Ziele des Vereins durch eigene Anschauung zu informieren. Hauptfrage ist, daß er für den Verein eingetragenen wird und nicht etwa erst auf „Abwege“ gerät. Es ist immerhin für eine Gesellschaft etwas wert, wenn sie unter ihrem Personal so „weitblickende“ Elemente hat, die ihre eigenen Interessen mit denen der Gesellschaft verbinden, wenn auch teilweise nur zu bestimmten egoistischen Zwecken. Dabei kommt der Unternehmer auf seine Rechnung und kann der Öffentlichkeit gegenüber stets mit der Behauptung operieren: In unserem Betriebe ist alles auf harmonischer Grundlage geregelt. Beweis: Unsere Angestellten sind alle freiwillige Mitglieder unseres gelben Wertekreises!

Münchener Straßenbahnschmerzen.

Eine jetzt veröffentlichte Statistik in den Münchener Tageszeitungen zeigt uns, daß in München kein Tag vergeht, an dem nicht ein oder mehrere Straßenbahnunfälle zu verzeichnen sind. Wenn man auch in München durch die Verkehrsbeschleunigung und Dichtigkeit, sowie wegen der zum Teil unübersichtlichen Straßenverhältnisse immer mit Unfällen zu rechnen muß, so ist doch die Steigerung im letzten halben Jahr eine geradezu enorme. Ein ganz interessantes Bild ergibt sich, wenn man die jetzt veröffentlichte Statistik der Zusammenstöße etwas näher betrachtet. Im besten lassen wir eine Gegenüberstellung der letzten mit den Zahlen der gleichen Zeit im Vorjahr selbst wirken. Es fanden statt:

	1913/14	1914/15
August	43	45
September	41	58
Oktober	59	90
November	45	65
Dezember	53	85
Januar	56	82
Februar (bis 8.)	15	16
	312	441

Es kommt bei dieser außerordentlichen Vermehrung der Zusammenstöße zunächst in Betracht, daß der Betrieb der Münchener Straßenbahn während des Krieges ganz außerordentlich eingeschränkt wurde und daß die Zunahme von 129 zum Teil sehr schweren Zusammenstößen auf die Zeit von 190 Tagen entfällt. Kann man bei diesen Zusammenstößen mit anderen Faktoren eine Milderung noch darin erblicken, daß dabei auch ein Teil des Personals noch nicht richtig eingefahren wurde, die als Ersatz für die ins Feld gezogenen, jetzt fahren, mit trifft, so scheint dieses Verschulden betrieblicher Personen aber vollständig aus, wenn man sich die folgende Zusammenfassung betrachtet.

Zusammenstöße von Straßenbahnen mit Straßenbahnen:

	1913/14	1914/15
August	0	8
September	0	41
Oktober	3	45
November	1	21
Dezember	2	6
Januar	3	49
Februar (bis zum 8.)	2	8
	11	177

Diese Zahlen reden eine noch eindringlichere Sprache wie die erste Statistik. Die Steigerung von 11 auf 177 in einem halben Jahr und bei enormer Betriebseinschränkung ist geradezu ungeheuerlich zu nennen, obendrein wenn man bedenkt, daß diese Zusammenstöße nur auf Straßenbahnwagen selbst bezug haben, also keinerlei Kollision mit anderen Fahrzeugen dabei in Betracht kommen. Jeder Unfallsangene wird sich unwillkürlich nach der Ursache dieser großen Steigerung der Unfälle fragen. Jetzt sieht man erst, was das alte eingefahrene Personal für einen Wert hat, denn in erster Linie ist es wohl darauf zurückzuführen, daß der größte Teil des alten gelbten Personals zu den Fahnen eingezogen wurde. Die Münchener Bevölkerung hatte unter den Folgen des Betriebes mit nicht genügend geschultem Personal zu leiden. Schade, daß nicht auch gleichzeitig eine Statistik über die durch Straßenbahnunfälle verletzten Personen herausgegeben wurde.

Ein großer Teil der Zusammenstöße hätte jedoch nach unserer Meinung vermieden werden können, wenn im Städtischen Verkehrsreferat und scheinbar auch in der Direktion der Straßenbahn, Leute sitzen würden, die nicht unter allen Umständen auf ihrem verknöcherten Standpunkt verharrten würden. Dem Ausschusspersonal selbst, das ganz notdürftig als Ersatz gebildet auf die Bevölkerung Münchens losgelassen wird, kann man wegen der Zusammenstöße keinen Vorwurf machen, denn die Sicherheit im Straßenbahnverkehr lernt sich nicht in 8 oder 14 Tagen. Dieser Vorwurf muß dem Herrn gemacht werden, der im Verkehrsreferat sitzt und für alle Klagen und Forderungen des Personals nur ein stereotypes Lächeln übrig hat.

Schon zu Beginn des Krieges, als die neuen Leute eingestellt wurden, hat man in Versammlungen wiederholt auf die ungenügende Bezahlung des Ausschusspersonals hingewiesen. Die Schaffner erhalten 3,50 Mk. und die Führer 4 Mk. pro Tag. Es ist ausgeschlossen, daß damit ein Familienvater, der wegen der fantasien Dienstverteilung zum Teil noch in

der Wirtschaft leben muß, bei einer Dienstpräsentzeit von 14 bis 16 Stunden, auf die Dauer auskommen kann. Auf eine diesbezügliche Eingabe der Leute im Lohnaufseheramt, die am 20. Oktober 1914 eingereicht wurde, bis heute noch keine Antwort erfolgt. Man hat aber auch in bezug auf die Lohnaufseheramt und Dienstverteilung nicht das geringste getan. Die Folge war, daß hunderte von tüchtigen und intelligenten Leuten, die schon ausgebildet und etwas eingearbeitet waren, das Paradies der Straßenbahn verlassen haben, weil sie sich sagten, um 3,50 Mk. lässe ich mich 15 Stunden lang pro Tag von der Straßenbahn und ihren lebenswichtigen Kontrolleuren nicht schikanieren. Die Kosten dieser Art Verkehrspolitik hat natürlich die Stadt München und die Steuerzahler zu tragen. Man denke doch nur einmal nach, was für Tausende von Mark die immerwährende Ausbildung neuer Leute kostet, was die ungeheuren Reparaturkosten betragen? Hat doch Herr Reichsrat Dr. Kießles bereits in der Magistrats Sitzung am 5. Januar erklärt, daß die Reparaturkosten von 62 Mk. auf 216 Mk. pro Tag gestiegen sind. Man denke ferner einmal, wieviel tausende Mark durch das ungenügende Kassieren der Fahrgäste durch ungeschultes Personal der Stadt verloren geht. Hat doch auch hier Dr. Kießles schon einmal behauptet, das in normalen Zeiten 100 000 Mk. pro Jahr durch das Schwarzfahren verloren gingen. Auf wieder tausendtausende wird es Herr Dr. Kießles wohl jetzt schätzen. Das Geld der Stadt wird geradezu vergeudet, weil einige Bürokraten den Leuten keinen anständigen Lohn gönnen.

Es ist geradezu ein Hohn, wenn Dr. Kießles in der Sitzung des Magistrats erklärte, daß die Ausschüsse ja schon eine höhere Bezahlung erhalten als die Anfänger in Friedenszeit. Diese armen Teufel läßt nämlich die Stadt München während ihrer Lehrzeit von einem halben Jahr, mit 2,75 Mk. pro Tag durchhängern. Am liebsten hätte man natürlich auch den Kriegsaushebern 2,75 Mk. gezahlt. Es ist doch eine Schande, daß wiederholt erklärt werden mußte, daß sich zur Straßenbahn keine Leute mehr, trotzdem in München an Arbeitslosen kein Mangel ist. Sollte das nicht auch dem verantwortlichen Leiter der Münchener Straßenbahn zu denken geben? Den Schweren und verantwortungsvollen Dienst bei der Straßenbahn für 3,50 Mk. und 4 Mk. bei 14 bis 16stündiger Dienstpräsentzeit tun, zu aller Arbeit noch die dienstlichen Schikanen und obendrein noch bares Geld zulegen, weil man mit diesem Lohn in der jetzigen Zeit keine Familie satt bekommen kann, das kann man aber auch einem Arbeitslosen gar nicht zumuten.

Wir machen den Vorschlag, daß Herr Dr. Kießles einmal selbst für 3,50 Mk. den Posten eines Straßenbahnschaffners nur auf kurze Zeit übernehmen soll und wir sind überzeugt, daß bald eine Veränderung eintreten wird. Solange aber nicht eine bessere Bezahlung der Leute eintritt, und solange die feindlichen Schikanen im Dienst nicht aufhören, solange wird im Betrieb der Straßenbahn der Wechsel an Personal nicht aufhören und solange wird auch die Verkehrsbeschleunigung kaum besser werden, weil ein tüchtiger Arbeiter im diesen Lohn mit einer derartigen Dienstzeit nicht arbeitet. Was mit jenen Leuten anzufangen ist, die damals anlässlich der Eingabe im Lohnaufseheramt erklärt haben, daß sie mit 3,50 Mk. zufrieden sind, sieht man jetzt am deutlichsten. Die guten Kräfte laufen wegen der schlechten Bezahlung wieder davon und die zufriedenen 3,50-Mark-Männer bleiben und nützen nicht viel.

Es wird hohe Zeit, daß sich die Vertreter der Stadt München einmal in diese Verhältnisse kümmern, denn schließlich kann es der Münchener Bevölkerung durchaus nicht gleichgültig sein, wenn durch eine total verkehrte Sparmaßnahme des Verkehrsreferats das Geld der Steuerzahler zum Fenster hinausgeworfen wird.

Den Ausschussführern und Schaffnern können wir aber dringend empfehlen, sich dem Verband anzuschließen. Trotz des „Burgfriedens“ werden sich dann Mittel und Wege finden lassen, um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Solange das Personal selbst nicht einigt ist, solange wird auch das höchstwahrscheinlich Straßenverkehrsreferat sich nichts aus dessen Wünschen und Forderungen machen.

Versammlungsbericht München.

Am 4. Februar d. J. fand die Generalversammlung der Mitglieder München II (Straßenbahner) statt. Der Geschäftsführer, Kollege Reifner, welcher im August zum Militär einberufen wurde und zurzeit als Bundeswehr in München weilt, leitete die Versammlung. Er gab bekannt, daß bereits neun Kollegen auf dem Felde der Ehre gefallen seien; außerdem seien verlostenes Jahr nach zwei Kollegen mit Tod abgegangen. Die Versammlung ehrte dieselben durch Erheben von den Sitzen. Kollege Paul Werthmann erstattete dann den Kassee- und Geschäftsbericht. Im 4. Quartial 1913 betrug der Kasseebestand 1287,08 Mk., die Gesamteinnahmen betragen im Jahre 1914: 20 336,57 Mk., die Gesamtausgaben 19 464,49 Mk., so daß am Schlusse des Jahres 1914 ein Kasseebestand von 872,08 Mk. verblieb. 7534,50 Mk. wurden allein an Krankengeld ausbezahlt, trotzdem der Ausbruch des Krieges die Krankenunterstützung zugunsten der Arbeitslosen und besonderer Vorfälle aufgehoben wurde. Erst ab 1. Januar 1915 werden wieder minimale Sätze ausbezahlt. Die Arbeitslosenunterstützung von 753,55 Mk. sei zwar an sich selber nicht hoch, aber gegen die früheren Jahre doch bedeutend höher. Es sei zu bezeichnen, daß gerade dieser Posten anwuchs, seitdem die Straßenbahner auf den Status übernommen wurden. Die Mitgliederbewegung hat teils durch die Beitragserhöhung, teils aber auch durch die Befürchtung der Kollegen, das Gemeindebeamtengehalt

würde angenommen und hierdurch ein Verbleiben im Verbands unmöglich, sehr gestiegen. Auch die Auflösung der Autobusgesellschaft kostete uns 70 Mitglieder, so daß wir von 1071 Mitgliedern am Anfang des Jahres 1914 noch 905 Mitglieder am Schlusse des Jahres 1914 zu verzeichnen haben. Von diesen stehen zurzeit 540 Kollegen im Felde. Trotzdem könnten wir unter den heutigen Umständen zufrieden sein, glauben doch eine Reihe Kollegen, bei Ausbruch des Krieges hätte die Organisation ganz auf. Es sei ein erfreuliches Zeichen, daß hier das Gegenteil eingetreten sei. Immer mehr bringe die Überzeugung durch, daß die Organisation nicht mehr denn je nötig sei und besonders nach Beendigung des Krieges den zurückkehrenden Kollegen eine Stütze sein soll. So gern gläubten wir dem Ausspruch von höherer Stelle: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“, wenn nicht die Zeichen beständen, daß sich der Kapitalismus und unsere Unternehmer gleichgeblieben sind. Aber auch die bayerische Regierung fördere den Burgfrieden durch das Weiterbestehen des Koalitionsverbots der Eisenbahner. Mit einem kräftigen Appell, die im Feld stehenden Kollegen in ihren Erwartungen nicht zu täuschen, schloß Redner unter Beifall seine Ausführungen.

Kollege Reifner forderte die Kollegen auf, daß sie aus dem Weltkrieges lernen mögen. Deutschlands Erfolge im Kriege erklären sich daraus, daß das deutsche Volk einigt sei. Möchten auch die Straßenbahner sich in einer Organisation vereinen, dann wird ihren Bestrebungen der Erfolg nicht ausbleiben.

Mit Bedauern nahm die Generalversammlung davon Kenntnis, daß die Eingabe der Ausschussführer und Führer um Erhöhung ihres Lohnes, die der Direktion am 20. Oktober 1914 zugestellt wurde, heute noch nicht beantwortet ist. Der ewige Wechsel beim Ausschusspersonal, der die Folge der schlechten Bezahlung sei, bringe der Gemeinde großen Schaden. Es werden immer wieder neue Ausschüsse ausgebildet, es bleibe aber keiner. Die Kosten der Ausbildung und der Materialschaden, der durch die unfähigen Leute verursacht wird, können auf 300 000 Mk. geschätzt werden. Da wäre es doch vernünftiger, die ungenügenden Löhne — 3,50 Mk. und 4 Mk. — aufzubessern und dadurch die tüchtigen Leute zu halten. Die Generalversammlung beschloß, es solle der Transportarbeiterverband die sozialdemokratische Kampfkraft erjuden, einen Antrag einzubringen, damit die Löhne der Ausschüsse entsprechend der Eingabe vom 20. Oktober 1914 geregelt werden.

Die Neuwahl der Sektionsleitung wurde hierauf, da die Zeit bereits zu weit vorgeschritten war, auf eine demnächst stattfindende Versammlung vertagt.

Eine sonderbare Entscheidung.

Eine für die Mitglieder der Betriebsstranzenklassen wichtige Entscheidung hat das Reichsversicherungsamt gefällt. Am 16. Februar 1914 fand die Wahl zum Ausschuss der Betriebsstranzenklasse der Lokalbahn-Mitglieder München statt. Da verschiedene Unregelmäßigkeiten vorgekommen waren, legte der Sektionsleiter des Verbandes des Süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals, Lorenz Selwanger, Beschwerde zum Versicherungsamt München ein. Die Beschwerde richtete sich insbesondere dagegen, daß dem Kasseebestand auf Grund des § 18 der Wahlordnung das Recht zusteht, einfach Vertreter zu ernennen, bis alle feindlichen Linien der Gesellschaft mit Vertretern versehen sind, wenn auch auf die von ihm aufgestellte Liste nur wenige Stimmen entfallen sind. Das Wahlrecht der Kassemitglieder besteht also nur dem Scheine nach. Von der Wirkung des Prozesses gar nicht zu reden. Das Versicherungsamt wies die Beschwerde ab. Selwanger legte darauf Berufung zum Oberversicherungsamt ein. Der Beschwerdeführer wurde dann von der Direktion entlassen. Das Oberversicherungsamt gab der Berufung statt und ordnete Abänderung des § 18 mit darauffolgender Neuwahl an. Gegen diese Entscheidung legte der Vorstand der Klasse Beschwerde zum Reichsversicherungsamt ein mit der Begründung, daß Selwanger, weil er nicht mehr Mitglied der Klasse war, nicht befugt sei, das Wahlverfahren weiter zu betreiben. Das Reichsversicherungsamt hob den Entscheid des Oberversicherungsamtes auf und erließ folgendes Urteil:

Mit Unrecht hat das Oberversicherungsamt den Schmied Lorenz Selwanger zur Einlegung der Beschwerde befugt erachtet. Die Beschwerde nach der Reichsversicherungsordnung ist ein Rechtsmittel. Dessen Einlegung setzt nach den allgemeinen Grundbänden die Berechtigung zur Einlegung voraus. Demgemäß hat das Reichsversicherungsamt in der Entscheidung 1845 (Mündliche Nachrichten des R.-V.-M. 1914, Seite 515) ausgesprochen, daß zur Einlegung der Beschwerde gegen eine Entscheidung des Reichsversicherungsamtes nur die Beteiligten befugt seien. Selwanger war nicht befugt, gegen die Entscheidung des Versicherungsamtes Beschwerde einzulegen. Er war infolge der ihm erteilten Kündigung am 7. Mai 1914 aus dem Dienst bei der Lokalbahn-Mitglieder-Gesellschaft ausgeschieden. Er gehörte daher am 15. Juni 1914, dem Tage der Einlegung der Beschwerde, als das Oberversicherungsamt, nicht mehr zu den bei der Klasse Versicherlichen und somit auch nicht zu den Beteiligten in dem dargelegten Sinne. Die Erwidrigung des Oberversicherungsamtes, bei der hier vertretenen Auffassung könnte die Unternehmung eine ihnen nicht gebührende Wahlanstellung durch Entlassung des anfechtenden Mitgliedes aus der Welt schaffen, kann eine andere Entscheidung nicht rechtfertigen. Dazu liegt im so wüthiger Veranlassung von, als einem Mißbrauch des Bürgerrechtsrechtes auf Grund des § 226 des Bürgerlichen Gesetzbuches, wonach die Ausübung eines Rechtes unzulässig ist, wenn sie den Zweck haben kann, einem anderen Schaden zuzufügen, entgegengetreten werden könnte. Die Entscheidung des Oberversicherungsamtes war danach, soweit sie die Wahl zum Kassenausschuss betrifft, aufzu-

auch in diesen Familien noch einen Notstand be-
streiten wollen?

Bei den allerbestehenden Ansprüchen an die
Lebenshaltung und der größten wirtschaftlichen Tüch-
tigkeit einer Frau gebören zum Unterhalte einer Fa-
milie von Mutter und drei Kindern heute mindestens
100 M. monatlich. Das Festhalten des Mannes be-
deutet kein nennenswertes Ersparnis im Budget der
Arbeiterhausfrau. Die dauernden Lasten (Miete, Ver-
sicherungen, Zahlung an Abzahlungsgesellschaften) aber
haben sich nicht vermindert. Auch in dieser Beziehung
hat unsere Statistik Ermittlungen angestellt. Es be-
trägt die Befragung durch Miete

bei 185 Familien monatlich bis 10 M.
69 " " " 15 "
85 " " " 20 "
48 " " " 25 "

164 Frauen zahlen monatlich an Versicherungs-
beiträgen von 1 bis 8 M.

An Abzahlungsgesellschaften hatten 142 Frauen zu
zahlen in monatlichen Beträgen von 2 bis 8 M.

Nach dieser Statistik wird niemand imstande sein,
unsere Behauptung zu widerlegen, daß Untererüh-
rung das Los des überwiegenden Teiles der Dan-
ziger Kriegerfamilien ist.

Aber die Sache hat noch eine andere sehr be-
deutliche Seite, auf die wir noch hinweisen möchten.
Die Frauen klagen, wie das ja ganz natürlich ist, in
Brieseu den im Felde stehenden Männern die wirt-
schaftlichen Sorgen. Daß dadurch die Kriegsbegeiste-
rung unserer Truppen nicht gewinnen kann, ist klar.
Unter allen Umständen haben unsere im Felde stehen-
den Kollegen ein moralisches Recht darauf, daß ihre
Angehörigen vor Hunger geschützt und ein Dach über
dem Kopf haben, während sie für das Vaterland
bluten und kämpfen. Vom Standpunkte unserer
Ueberzeugung aus können wir das wenig soziale
Verhalten des Danziger Magistrats begründen, denn
es ist geeignet, viele Fernstehende in unsere Reihen
zu führen. Aber menschliches Mitlempfinden mit den
Frauen und Kindern unserer im Felde stehenden Mit-
glieder zwingt uns immer von neuem, den Magistrat
und die Landräte darauf hinzuweisen, daß dringende
Hilfe nottut. Öffentlich werden unsere heimkehren-
den Kollegen die Antwort nicht schuldig bleiben. Auch
ist es Pflicht der zurückgebliebenen Kollegen, die
Familien der im Felde stehenden Kollegen nach besten
Kräften zu unterstützen. Wer in dieser schweren Zeit
die Organisation verläßt, ist ein Feigling.

Hierauf erstattete der Kollege Jech den Kassier-
bericht. Die Einnahmen betragen 32 381,73 M.
Ausgegeben wurden: an Arbeitslohn 4000 M., an
Kranke 5693,15 M., an Biergebeld 1298 M., in
besonderen Notfällen 605 M. und als 1. Rate an
die Kriegerfrauen 673 M. In Bar an die Haupt-
kasse abgeliefert 11 021,90 M.

Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer
einstimmig Entlastung erteilt.

Dem Antrag der Vertrauensmännerverwaltung,
die zurückgebliebenen Vorstandsmittelglieder für das
neue Geschäftsjahr wieder zu wählen, wurde ein-
stimmig zugestimmt.

Hierauf Schluß der Versammlung.

Dresden. Mittwoch, den 3. Februar, fand die
gut besuchte Jahres-Generalsversammlung der Verwal-
tungsstelle Dresden statt. Aus dem Geschäftsbericht,
den der Bevollmächtigte erstattet, geht hervor, daß die
Organisation ein schweres Jahr zu überwinden hatte.
Der Verbandstag, der im Juni 1914 stattfand, hatte
wichtige Beschlüsse gefaßt. Die Beitragsleistung wurde
von Grund auf umgestaltet. War bisher in jeder
Verwaltungsstelle nur ein Einheitsbeitrag für alle
männlichen Mitglieder zulässig, so erfolgte nunmehr
die Einteilung der Mitglieder in verschiedene Beitrags-
klassen, je nach dem durchschnittlichen Wochenlohn der-
selben. Gleichzeitig erfolgte aber auch eine Erhöhung
der Beitragsätze selbst. Daß beartig durchgreifende
Veränderungen nicht so leicht vor sich gehen, versteht sich
von selbst. Ebenso wichtig war der Beschluß des
Verbandstages, daß Verwaltungsstellen mit mehr als
5000 Mitgliedern das Recht der Beschlußfassung an
eine Delegiertenversammlung abtreten müssen. Auch
dieser Beschluß bedurfte zu seiner Durchführung vieler
Arbeiten. In dieser Situation traf uns der Kriegs-
ausbruch und erhöhte die Schwierigkeiten natürlich ganz
enorm. Der Jahresbericht zeigt aber, daß die hiesige
Verwaltungsstelle diese schwere Krise sehr gut über-
standen hat.

Am 1. Januar 1914 hatten wir 6454 Mitglieder.
Eingetreten, übergetreten und zugereist sind 1273 Mit-
glieder; eingezogen zum Militär wurden 2444, abge-
reist, ausgeschieden und verstorben sind 1443, insgesamt
also 3887 Mitglieder. Am 31. Dezember 1914 waren
noch 3840 Mitglieder vorhanden, so daß der wirtliche
Verlust nur 170 beträgt; ein sehr gutes Verhältnis,
wenn man die ganzen Umstände berücksichtigt.

Sehr viel Arbeit verurteilte die von der Verwal-
tung und später auch von dem Hauptvorstand beschlo-
sene Notfallunterstützung, die in der Hauptsache an die
in Not befindlichen Frauen der eingezogenen Kollegen
gezahlt wurde. Dem Notfallfonds fließen die von
den Mitgliedern geleisteten Ertragsbeiträge und die Ge-
haltsabzüge der Angestellten zu. Leider füllten nicht
alle Kollegen, die am Orte verblieben sind, die Ver-
pflichtung an sich, etwas für die Familien der Einge-
zogenen zu tun, so daß die Ortsverwaltung aus der
Notfallkasse circa 6000 M. zuzuschützen mußte, damit alle
Frauen etwas zu Weihnachten bekommen konnten.
Insgesamt wurden rund 12 000 M. Notfallunter-
stützung ausbezahlt. Mit den im Felde stehenden Kol-
legen wurde, soweit uns Adressen zur Verfügung
stehen, regelmäßiger Briefwechsel unterhalten.

Lohnbewegungen wurden nur wenige geführt, da
das erste Halbjahr im Zeichen der Krise stand. Der
Tarifvertrag der Möbeltransporteure wurde um ein Jahr
verlängert, der im Jahre 1910 mit den Flaschenbier-

handlungen abgeschlossene Vertrag zwar gefündigt, aber
nicht erneuert. Mit den Konsumgenossenschaften wurde
der Tarifvertrag wieder erneuert, der den Kollegen
ganz wesentliche Vorteile brachte. Die Genossenschaft
zählt jetzt bei achtstündiger Arbeitszeit einen Wochen-
lohn von 27 bis 34 M., bis zu vier Wochen wird
im Ertragsleistungsfalle der Lohn weiter gezahlt, ferner
allen Arbeitern und Arbeiterinnen bis zu 14 Tagen
Ferien gewährt. Leider steht es in den Konkurrenz-
geschäften der Branche in bezug auf Lohn und Arbeits-
zeit noch sehr traurig aus. Es soll deshalb auch im
laupenden Jahre wieder eine lebhaftige Agitation in
allen Branchen entfaltet werden. Das ist besonders
auch deshalb notwendig, weil eine ganze Reihe von
Tarifverträgen in diesem Jahre zum Ablauf kommen.

An die Königl. Polizeidirektion wurde eine Ein-
gabe um Erhöhung der Fahrgehindigkeit für Kraft-
fahrzeuge gerichtet, die auch Erfolg hatte; die zu-
lässige Geschwindigkeit wurde auf 25 Kilometer pro
Stunde festgesetzt.

Arbeitslose Kollegen waren insgesamt 1770 vor-
handen, die aber nach und nach alle in neue Stellungen
gebracht werden konnten. Insgesamt konnten 977
Stellen von uns besetzt werden.

Der Kassierbericht, den der Kassierer erstattet, kann
ebenfalls als günstig bezeichnet werden. Unterstützungen
wurden gezahlt:

In Krankheitsfällen	23 424,90 M.
An Arbeitslose	25 512,30 "
An Notfällen (Familienunterstützung)	11 436,-- "
Verdigungsbeiträge	1 715,-- "
Rechtschutz	1 066,60 "
Streikunterstützung	1 073,75 "
Unterstützung der Notfälle	1 475,15 "
Sonstige Ausgaben (Miete, Gehalt, Pro- zente, Bücher, Zeitungen, Material, Kartellbeiträge, Telefon, Licht, Heizung usw.)	38 199,98 "
An die Hauptkasse in Bar	56 847,29 "
Gesamtausgabe 160 750,97 M.	

Der Notfallfondsbestand betrug am Schluß des
Jahres 69 969,12 M., also etwas mehr als am
1. Januar 1914. Das Ergebnis ist ein sehr zufrieden-
stellendes, wenn man alle Umstände berücksichtigt. Der
Antrag der Revisionskommission, den Kassierer zu ent-
lasten, wurde einstimmig angenommen.

Als Mitglieder der Ortsverwaltung wurden neu-
 bzw. wiedergewählt die Kollegen Schiller, Richter,
Reißig, Kreber, Bohn, Golke, Hermann, Martin,
Nagel, Wilemann, Kaspar, Fahlbusch, Grabner, Fischer,
Koch, Koth. In das Gewerkschaftskartell wurden als
Delegierte die im Vorjahre Gewählten wieder bestätigt.
Als Mitglieder der Revisionskommission wurden die
Kollegen Graf, Straß, Würde, Frenzel und Schneider
gewählt.

Unter Verwaltungsangelegenheiten wurde die Not-
wendigkeit des Ausbaues des Vertrauensmännerwesens,
des Notfallfonds und anderer besprochen. Das An-
denken der Verstorbenen und der im Felde Gefallenen
wird durch Erheben von den Plätzen geehrt. Bekann-
gegeben wird noch, daß am ersten Oktobertag unser
Stiftungsfest im Dianasaal stattfindet.

Elbersfeld-Barmen. Die Verwaltungsstelle hielt
am Samstag, den 23. Januar ihre Generalversamm-
lung ab, in welcher der Jahresbericht erstattet und
die Neuwahlen der Funktionäre vollzogen wurde.
Dem Bericht ist zu entnehmen, daß auch das Trans-
port- und Verlehdgewerbe unter den Folgen des Krieges
schwer zu leiden hatte. In den ersten Tagen der
Mobilisierung wurden Hunderte von Transportarbei-
tern arbeitslos, und die Zahl wuchs noch mit jedem
Tage. In der zweiten Augustwoche stieg die Zahl
der Arbeitslosen bis auf 403, oder von den 1870 Mit-
gliedern waren rund 22 Prozent ohne Beschäftigung.
Die Zahl ging bis Ende September allmählich auf
300 zurück und erst der Monat Oktober brachte eine
merkliche Besserung. Am Jahresluß waren noch
94 Arbeitslose vorhanden. Von den am 1. August
zählenden 1726 männlichen Mitgliedern wurden bis
31. Dezember 378 verbeiratete und 203 ledige
Mitglieder zum Heeresdienst einberufen, insgesamt 581
oder 34 Prozent. Auf dem Schlachtfeld gefallen sind
die Kollegen Robert Kottebaum, Hosiandner; War-
genzschloß, Lagerarbeiter; Paul Hoyer, Kinnangestell-
ter und Albert Borberg, Arbeiter. Der für diesen
Bezirk bestehende vorkriegliche Kriegszustand hob das
Vereins- und Versammlungsrecht und die Pressefreiheit
auf, wodurch eine unfaßliche Agitation unter den Be-
rufsangehörigen sehr erschwert wurde. Es ließen sich
immerhin während dieser Periode 33 männliche und
2 weibliche Mitglieder in den Verband aufnehmen.
Im Berichtsjahre wurden abgehalten: 4 Generalver-
sammlungen, 19 allgemeine und 21 Bezirksversamm-
lungen. Von den allgemeinen Versammlungen be-
schäftigten sich 14 mit der Lohnbewegung im Trans-
portgewerbe und 5 mit dem Zentralvorstand ge-
troffenen Maßnahmen, die sich für die Dauer des
Krieges zur Sicherung der Organisation als notwendig
erwiesen. Branchenversammlungen fanden statt für die
Hausdiener und Packer 15, Knochengestelle 12, Cham-
freure 7, Straßenbänder 4, Pettegerüstbauer 4 und
Fensterputzer 8. Betriebsbesprechungen wurden 137
abgehalten; Vorstandsvorstellungen, Vertrauensmänner- und
sonstige Funktionärsversammlungen fanden 60 statt.
An Aufnahmen waren zu verzeichnen 340 männliche,
10 jugendliche und 18 weibliche Mitglieder; ausge-
schieden sind durch Tod 14, zu anderen Verbänden
übergetreten 18, abgereist 61 Mitglieder, durch Aus-
tritt oder gestrichen wegen rückständiger Beiträge wur-
den 389. Nach Abzug der zum Militär einberufenen
Mitglieder verbleiben am Jahresluß 1047 Mitglie-
der. Eingaben an Behörden sind in 8 Fällen zu
verzeichnen. An Schriftstücken wurden angefertigt für
Gewerbegericht 3, Gerichtssachen 17, Kranken- und
Unfallversicherung 8, Steuerangelegenheit 3, münd-
liche Auskünfte in Arbeiterversicherung und Rechtsachen

wurden in 90 Fällen erteilt. Lohnbewegungen wurden
9 geführt. Diese erstreckten sich auf 64 Betriebe mit
920 Beschäftigten. Sämtliche Lohnbewegungen fielen
zugunsten der beteiligten Arbeiter aus. — Die Aus-
gaben für Unterfrüngen allein betragen 20 694,37
M. Die Weihnachtunterstützung für die Familien
der zum Heeresdienst einberufenen und ausgeschiedenen
Mitglieder erhielten 343 Familien mit 756 Kindern
und 79 arbeitslose Mitglieder mit 136 Kindern. Die
hierfür aufgewendete Summe beträgt 3140 M. Ferner
erhielten aus Mitteln des Kriegsnottfallfonds 50
Familien und 29 Arbeitslose besondere Zuwendungen.
Kriegszuschuß wurde in 16 Fällen gewährt. Die Aus-
gaben hierfür betragen 705,84 M. Die Gesamtein-
nahmen der Verwaltungsstelle betragen 34 463,89 M.
und die Ausgaben 37 788,58 M. Die Mehrausgabe
beträgt somit 3324,69 M. — Bei den hierauf er-
folgten Neuwahlen wurden in den Vorstand gewählt:
die Kollegen Otto Schenk als erster, Fritz Brodbeck
als zweiter Bevollmächtigter, Ernst Schmidt als Schrift-
führer und Ferd. Foll als Kassierer; als Beisitzer die
Kollegen Wehr, Leicht, Stad, Frau Beer, R. Geng-
senberg und S. v. Bestfort; zu Revisoren die Kol-
legen Grünenbach, Nagel und Wassen; in den Gau-
vorstand die Kollegen Wehr, Leicht, E. Schmidt und
Kiehne. Nachdem dann noch kurz über die Ausführung
der Ertragsbeiträge debattiert worden war, erfolgte
Schluß der Versammlung.

Freiburg. Am vorigen Sonntag hielt die hie-
sige Ortsgruppe die jährliche Generalversammlung ab.
Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der
Krieg auch hier eine große Lücke in die Organi-
sation gerissen hat. 58 Kollegen sind bis jetzt zum
Militär eingezogen worden. Hier von sind 29 ver-
heiratet und 29 ledig; drei Kollegen sind bereits auf
dem Schlachtfeld gefallen. Am Schluß des Jahres
war noch ein Mitgliederbestand von 64. An Familien
von unterfrüngenberechtigten zum Heer eingezogenen
Mitgliedern wurde eine Weihnachtunterstützung im
Höhe von 114 M. ausgezahlt.

Die Wahl der Ortsverwaltung ging glatt vor
sich ab. Als Vorsitzender wurde Kollege Grünfeld an
Stelle des zum Militär eingezogenen Kollegen Wisker
gewählt. Für den ebenfalls zum Militär eingezo-
genen Kassierer wurde Arbeitersekretär Marjloff be-
stimmt, die Kassengeschäfte zu führen. Als Schrift-
führer wurde Kollege Ruf wiedergewählt. Als Bei-
sitzer wurden die Kollegen Hüb, Schmidt und Kol-
legin Wacker wieder und Kollege Selter neugewählt.
Als Revisoren wurden die Kollegen Volk und Roth
bestimmt; als Kartelldelegierte Volk und Engler.
Zum Sektionsleiter der Möbeler wurde Kollege Roth
gewählt.

Leipzig. Wir hielten am 3. Februar unsere
Jahresgeneralversammlung ab. Zu dem gedruckten
Geschäftsbericht machte der Bevollmächtigte einige Er-
gänzungen, aus denen zu entnehmen war, daß trotz
der eingetretenen Kriegswirren die Organisation be-
deutende Erfolge für die Kollegenchaft errungen hat.
Burdten doch im Berichtsjahr 14 Lohnbewegungen ge-
führt, die sich auf 182 Betriebe erstreckten, in denen
6758 Berufsangehörige beschäftigt waren. An den
Lohnbewegungen waren 4633 Personen beteiligt. Das
Resultat der Lohnbewegungen war in 13 Fällen er-
folgreich und in einem Falle erfolglos. Erfolg hatten
4236 Beteiligte. Der erzielte Erfolg bestand darin,
daß für 4226 Beteiligte ein wöchentliches Mehrlohn
von 12 019,55 M. erreicht worden ist. Im Durchschnitt
betrug die wöchentlichen Lohnzulage 2,84 M. Die
Lohnzulagen schwanken zwischen 50 Pf. und 5 M.
pro Woche.

Die erzielte Arbeitszeitverkürzung war nur eine
minimale, sie betrug wöchentlich 159 Stunden für 39
Kollegen. Neben Erhöhung der Löhne und Verkürzung
der Arbeitszeit wurde in 12 Fällen für 239 Kollegen
eine Reihe weiterer Verbesserungen erreicht, und zwar
Bezahlung der Ueberstunden-, Sonn- und Feiertags-
arbeit, Gewährung von Ferien unter Fortzahlung des
Lohnes und Gewährung von Lourengeldern. Tarif-
verträge wurden mit teilweise Verbesserungen ver-
längert und neue vereinbart, so daß es im Bericht-
jahr wiederum gelang, in 7 Fällen für 541 Berufs-
angehörige in 12 Betrieben die Lohn- und Arbeits-
bedingungen vertraglich zu regeln.

Außer dieser Tätigkeit gab es noch eine große
Anzahl von Differenzen zu erledigen, indem zahlreiche
Unternehmer ihren Patriotismus dadurch zu bezeugen
suchten, indem den Arbeitern Lohnabzüge gemacht und
sonstige Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis ge-
boten wurden. Dem energischen Eingreifen der Ver-
bandsleitung gelang es mit wenigen Ausnahmen, ge-
plante Verschlechterungen zu verhindern. Aus ange-
führtem ist mit aller Deutlichkeit ersichtlich, daß ohne
Gewerkschaften die Arbeiter der Millitär der Unter-
nehmer vollständig preisgegeben wären.

Der Arbeitsmarkt zeigte in den ersten beiden
Quartalen ein etwas günstigeres Bild, indem die
Zahl der Arbeitslosen, besonders im 2. Quartal, merk-
lich zurückging, so daß anzunehmen war, daß die
wirtschaftliche Krise ihren Höhepunkt überschritten hatte
und somit bessere Verhältnisse für die Arbeiterchaft
Platz greifen würden. Durch Ausbruch des Krieges
trat die erhoffte Besserung aber nicht ein, sondern es
stieg die Zahl der Arbeitslosen, die am Schluß des
zweiten Quartals 78 betrug, auf 948 im Monat Au-
gust. Insgesamt waren im Berichtsjahr 4649 Mit-
glieder 99 350 Tage arbeitslos. Eine Umrechnung der
Tage in Wochen ergibt, daß die Arbeitslosen gewun-
nen waren, 16 558 Wochen und 2 Tage zu feiern.
Beachtet man nun, daß bei den durch unsern Arbeits-
nachweis besetzten Stellen ein Durchschnittslohn von
28,25 M. erzielt wurde, so entspricht dieses einem
Lohnverlust von 466 925,42 M. Dabei sind die Win-
dereinnahmen derjenigen Mitglieder, die nur halbe
Tage oder stundenweise arbeiten konnten, noch außer
Betracht geblieben. Die Zahl der gemeldeten Stellen

Verbandskollegen!

Der Beitrag für die 10. Woche des Jahres 1915 ist fällig.

2016 Wochenbeiträge a 80 Pf.	1 612,80 Mf.
18365 " " a 70 Pf.	12 855,50 "
113641 " " a 60 Pf.	68 184,60 "
4970 " " a 35 Pf.	1 739,50 "
11621 " " a 30 Pf.	3 486,30 "
1160 Baufondsbeiträge a 50 Pf.	580,- "
740 " " a 25 Pf.	185,- "
Sonstige Einnahmen	3 669,27
Zusammen	113 428,14 Mf.

Ausgaben:

Für Rechtsschutzkosten	108,90 Mf.
Ertraunterstützung unserer Kriegsteilnehmer	9 165,60 "
Reiseunterstützung	79,- "
Verwaltungsausgaben (Projente für Sinto-Herz)	8 228,80 "
a) persönliche (Gehalt, Entschädigung)	10 571,21 "
b) sächliche (Materialien, Miete, Telefon usw.)	2 258,89 "
Für Versammlungen, Annoncen, Feserale, Drucksachen usw.)	2 243,35 "
Bibliotheksbücher und Zeitschriften	198,35 "
Kartell- und Sekretariatsbeiträge	4 114,72 "
Porto, Telegramme usw.	281,23 "
Kränke für verlorbene Mitglieder	55,- "
Sonstige Ausgaben	173,56 "
An die Hauptkasse gezahlt	60 887,11 "
Kassenbestand am 31. Dezember 1914	15 062,42 "
Zusammen	113 428,14 Mf.

Abgleichung:

Gesamteinnahme	113 428,14 Mf.
Gesamtausgabe	98 365,72 "
Kassenbestand	15 062,42 Mf.

Zusammenstellung:

Die Hauptkasse erhielt: In bar direkt	17 031,04 Mf.
In bar an den Kassierstand	700,- "
In Düntingen:	
Für Arbeitslosenunterstützung	20 109,35 "
Krankunterstützung	19 000,05 "
Streitunterstützung	129,65 "
Ertraunterstützung	671,50 "
Beerdigungsbeihilfe	1 280,- "
Rechtsschutz	1 965,52 "
Zusammen	60 887,11 Mf.

Kollege Dehler fügte noch an, daß sich infolge der kolossalen Unterstüßungen unser Kassenbestand bedeutend reduziert hat und daß sich leider in dieser schweren Zeit auch verschiedene Mitglieder vom Beitragszahlen gedrückt haben. Erfreulich sei es, daß es deren nicht allzu viele sind, und daß die Extramarken (Kassenfonds) von vielen Mitgliedern gern gelebt werden. Nebst dem wies er auf den Ernst der Zeit und appellierte an die Solidarität der gesamten Mitgliedschaft.

Nach einer kurzen Diskussion wird ein Antrag der Revisoren, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, einstimmig angenommen. Zum 2. Punkt: Neuwahl der Verwaltung, fand ein Antrag, „eine Wahl nicht vorzunehmen und die alte Verwaltung vorerst noch in Funktion zu belassen“, einstimmige Annahme. Begründet wurde der Antrag damit, daß 1600 Mitglieder im Felde stehen, die jetzt alle wieder wahlberechtigt, noch wählbar wären. Diesen Kollegen wollen wir ihr Recht nicht schmälern. Ergibt sich aus irgend welchen Gründen die Notwendigkeit, trotzdem eine Wahl vorzunehmen, so kann dies dann immer noch gemacht werden. Nachdem unter „Verbandsangelegenheiten“ noch einige lokale Verhältnisse besprochen und erledigt wurden, schloß der Vorsitzende die sehr schön verlaufene Versammlung.

Stettin. So wie auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens der Krieg seine lähmende Wirkung bringt, so hat er auch auf das gewerkschaftliche Leben einen drückenden Einfluß ausgeübt. Aus allen Berufsgruppen, sowohl in der Industrie, als auch im Handels- und Transportgewerbe, sind die Kerntruppen der Arbeiterschaft aus dem wirtschaftlichen Leben herausgerissen und ins Feld gezogen, um die Heimat vor dem von allen Seiten andrängenden Feinde zu verteidigen. So wie im Wirtschaftsleben diese Kerntruppen der Arbeiterschaft vermisst werden, so werden sie nicht minder vermisst in den Versammlungen der gewerkschaftlichen Organisationen. Auch unsere beiden letzten Generalversammlungen standen im Zeichen des Krieges und waren so schlecht besucht, daß es der Verwaltung unmöglich war, dieselben stattfinden zu lassen. Selbst die letzte Generalversammlung, in welcher der Jahresbericht erstattet werden sollte, war so minimal besucht, daß von einer Berichterstattung Abstand genommen werden mußte. Es wurden die notwendigen Ersatzwahlen zur Gau- und Ortsverwaltung für die Eingezogenen vorgenommen und beschlossen, den Jahresbericht im „Courier“ zu veröffentlichen, und geben wir in nachstehendem denselben hiernüt zur Kenntnis.

Als am Ende des Jahres 1913 unser im Laufe des Jahres kurz vor Beginn des augenblicklich tobenden Weltkrieges verordnende Kollege und langjährige Bevollmächtigte der Verwaltung Stettin, Ernst Steinwüßler in der Generalversammlung den Jahresbericht erstattete, konnte er, trotzdem sich die wirtschaftliche Krise schon in den meisten Berufen recht unangenehm bemerkbar gemacht hatte, noch über einen Mitglieder-

zuwachs von 128 berichten. Leider können wir in diesem Jahre keinen Mitgliederzuwachs verzeichnen, sondern durch den Ausbruch des Krieges haben wir einen ganz erheblichen Mitgliederabgang zu verzeichnen. Der Mitgliederbestand stellt sich in diesem Jahre folgendermaßen: Am 1. Januar 1914 hatten wir einen Mitgliederbestand von 4038. Neuaufnahmen sind 355 und von anderen Organisationen übergetreten 37, das sind zusammen 4430 Mitglieder. Davon sind wieder ausgetreten 1113 und zum Militär eingezogen 1401, zu anderen Organisationen übergetreten 7 und verstorben 54 Kollegen. Von diesen sind uns bis zum 1. Januar 1915 als auf dem östlichen und westlichen Schlachtfelde gefallen folgende 23 Kollegen gemeldet worden: August Böttcher, Robert Bräuser, Emil Krey, Friedrich Hehlke, Fritz Gröner, Robert Bugin, Emil Kräbich, Max Räder, Rudolf Zimmermann, Wilhelm Karow, Gustav Borm, Michael Nagel, Julius Schlichte, Max Wertange, Carl Schmeling, August Nadow, Wilhelm Sünfelder, Hermann Lenz, Emil Münke, Wilhelm Schult, Hermann Burgardt, Ernst Dünke, Wilhelm Störp. Das macht zusammen einen Mitgliederabgang von 2575, so daß am 1. Januar 1915 ein Mitgliederbestand von 1855 verbleibt. Von den 1113 ausgeschiedenen Mitgliedern ist ein großer Teil unter dem Vorwande ausgetreten, daß die gewerkschaftlichen Organisationen nach dem Kriege ihre Bedeutung als Kampforganisation der Arbeiter und Machtfaktor im Wirtschaftsleben verloren habe, weil der Kaiser bei Ausbruch des Krieges in seiner Thronrede gesagt hat: „Ich kenne jezt keine Parteien mehr, ich kenne jezt nur noch Deutsche.“ Auch die Mär vom „Burgfrieden“ glaubt ein großer Teil der Ausgeschiedenen zum Vorwande ihres Zuns gebrauchen zu sollen. Allen diesen unter diesem Vorwande Ausgeschiedenen muß aber gesagt werden, daß sie mit dieser Ausrede nur ihre Organisationsmüdigkeit beweisen und schon lange auf irgendeine Gelegenheit gewartet haben, um dem Verbande den Rücken kehren zu können und die Wochenbeiträge auf diese Weise zu sparen. Vielleicht treffen wir diese Art Ausgetretenen noch einmal im Leben als Ritterschutzbesitzer wieder. Jeder eben überzeugten Gewerkschaftler steht es aber fest, daß die Gewerkschaften nach dem Kriege zur Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen ebenso notwendig sein werden, als vor dem Kriege.

An Arbeitslosenunterstützung wurde im 1. Quartal an 817 Kollegen für 22 053 Tage 34 983,70 Mf., im 2. Quartal an 236 Kollegen für 2517 Tage 4186,30 Mf., im 3. Quartal an 274 Kollegen für 4031 Tage 6664,75 Mf. und im 4. Quartal an 186 Kollegen für 3747 Tage 6319,50 Mf. ausgezahlt, so daß wir im Jahre 1914 eine Arbeitslosenunterstützung von 52 154,25 Mf. für 32 348 Tage an 1513 Kollegen ausgegeben haben. An Krankunterstützung wurde im 1. Quartal an 292 Kollegen für 5311 Tage 7804,65 Mf., im 2. Quartal an 166 Kollegen für 2851 Tage 4206,25 Mf. und im 3. Quartal an 110 Kollegen für 1719 Tage 2396,75 Mf. ausgezahlt, so daß für drei Quartale (im vierten wurde wegen Ausbruch des Krieges keine Krankunterstützung gezahlt), an 468 erkrankte Kollegen für 9881 Tage eine Summe von 14 407,65 Mf. ausgegeben worden ist. — Der Kassenbericht gestaltete sich folgendermaßen:

Einnahmen:

Bestand vom vorigen Quartal	17 799,- Mf.
Beitragsgeld a 1 Mf.	345,- "
a 50 Pf. (weibliche)	5,- "
Wochenbeiträge a 75 Pf.	564,75 "
a 60 "	20 583,60 "
a 50 "	43 005,50 "
a 25 "	411,60 "
a 20 "	509,- "
Derliche Zuschußbeiträge a 10 Pf.	8 855,60 "
a 5 "	1 831,55 "
Beiträge zum Baufonds a 25 Pf.	1 157,75 "
Extramarken a 25 Pf. (Vollshaus)	388,- "
Festbestände	157,75 "
Sonstige Einnahmen	284,35 "
Bibliotheksfonds der Seeleute	83,25 "
Vorschußfonds der Seeleute	1 905,27 "
Sterbefonds der Hafenarbeiter	3 097,06 "
Zusammen	100 984,03 Mf.

Ausgaben:

Derliche Zuschußunterstützung:	
a) an Arbeitslose	480,- Mf.
b) an Familien	7 474,50 "
Derliche Unterstützung bei Todesfällen:	
" Kofall-Unterstützung	325,- "
" Reise-Unterstützung	55,- "
" Rechtsschutzkosten	14,30 "
Verwaltungs-Ausgaben:	
a) persönliche (Gehalt, Entschädigung, Projente usw.)	20 781,87 "
b) sächliche (Materialien, Miete, Telefon usw.)	3 076,48 "
Versammlungen, Annoncen, Feserale, Drucksachen usw.	2 122,60 "
Bibliotheksbücher und Zeitschriften	414,10 "
Kartell- und Sekretariatsbeiträge	4 712,60 "
Porto, Telegramme usw.	222,46 "
Festbestände	14,50 "
An die Hauptkasse abgeführt	51 340,25 "
Kassenbestand am Schlusse des Quartals	7 938,37 "
Zusammen	100 984,03 Mf.

Es haben im Laufe des Jahres 45 Ortsverwaltungsstellen, 35 Sektions- und Branchenvereinigungen und 148 Sektions-, Gruppen- und Generalversammlungen stattgefunden. An Postfassen waren 5658 Ein- und Ausgänge zu erledigen. An Lohnbewegungen waren wir mit 1080 Kollegen in drei Branchen mit 20 Betrieben beteiligt. Da familiäre Lohnbewegungen ohne Einstellung der Arbeit verlaufen sind, ist unserer Verwaltung ein Kostenaufwand hierdurch nicht er-

wachsen, sondern die 353,90 Mf., welche an Unkosten durch Entschädigung an entgangenen Arbeitsverdienst entfallen waren, wurden durch die Hauptkasse getragen. Es wurden für alle drei Branchen, Hafenarbeiter, Müllabfuhrarbeiter und Arbeiter und den Kofallfuhrbetrieb der Firma Robert Müller in Jülldow ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen. Während bei der Erneuerung des Hafenarbeitertarifs nur bei einigen Vorklären eine teilweise Verbesserung in bezug auf die Arbeitsmethode durchgeführt werden konnte, sind bei Erneuerung der Tarife für die beiden anderen Branchen Lohnhöhungen von 85 Pf. bis zu 1 Mf. pro Woche und Arbeiter zu verzeichnen. Für die Firma Blumen-thal (Kofallfuhrbetrieb) ist der Tarif wegen Ausbruch des Krieges nicht zustande gekommen und wird hier nach dem alten Tarif gearbeitet.

Nach Inkrafttreten des zwischen dem Vorstand des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine und unserer Zentralvorstand vereinbarten Lohntarifs für die Gewerkschaftsarbeiter am 1. August 1914 werden auch die im Stettiner Konsum- und Sparverein beschäftigten Kollegen nach diesem vom 9. Verbandstage unseres Verbandes und vom 11. Genossenschaftstage angenommenen Tarife entlohnt. Nach diesem neuen Tarif für die Genossenschaftsarbeiter stellt sich der durchschnittliche Wochenverdienst auf 2 Mf. höher als nach dem alten Tarif.

Das ist so in Kürze das, was zu dem Jahresbericht gesagt werden muß. Es ist so unmäßig, an dieser Stelle einen ausführlichen Bericht geben zu können, und wir haben manches, worauf wohl noch hingewiesen werden mußte, aus Mangel an Raum hier nicht erörtert. Aber auf eine Tatsache halten wir uns noch für verpflichtet, hinzuweisen und das sind unsere Unterstützungsleistungen. In richtiger Beurteilung der sich aus dem Kriege ergebenden wirtschaftlichen Not unter den Familien der ins Feld gezogenen Kollegen hat die Gau- und Ortsvorsitzendenkonferenz am 9. September 1914 den Beschluß gefaßt, allen dahingeblichen und in Arbeit stehenden Kollegen zu empfehlen, zur Linderung der Not der Familien der Ausgesetzten und der Arbeitslosen und zur Zahlung eines Teiles der Beerdigungsbeihilfe, Extramarken je nach der Höhe des Verdienstes zu geben. Leider müssen wir feststellen, daß sich an der Entnahme dieser Extramarken nur ein ganz verschwindend kleiner Teil der Kollegen in Stettin beteiligt. Daß das gerade ein besonderer Beweis von Solidarität ist, können wir nicht behaupten. Wie schon die Beteiligung an diesen Extramarken ist, geht daraus hervor, daß am 1. Januar eine Einnahme von gerade 471,25 Mf. zu verzeichnen war. Wie aus obigem Bericht hervorgeht, waren bis zum 1. Januar 1401 Kollegen zum Kriegsdienst eingezogen. Wenn wir nun von dem aus den Extramarken eingegangenen Gelde wirkliche Unterstützung zahlen wollten: an wen und wieviel sollten wir von diesem Gelde wohl auszahlen? Wir wollen darum an dieser Stelle noch mal auf die Entnahme der Extramarken hinweisen.

In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Als Bevollmächtigter Scheibe, als Kassierer Lünser, als Schriftführer Ehler; als Beisitzer die Hafenarbeiter Berndt, Hertel, Nictus, Barzel, die Seeleute Perri, Gaste, Müller; die Transportarbeiter Peters, Schuring, Knubbe, Fensch und Kohl.

In die Gauleitung wurden gewählt die Hafenarbeiter Klünder, Krüger, Transportarbeiter Buchelt, Seemann Großkind. An Stelle des zum Militärdienst eingezogenen Gauleiters, Kollegen Sahlbelt, ist die Gauleitung dem Kollegen Scheibe für die Dauer des Krieges übertragen.

In gegenwärtiger Zeit, wo draußen auf dem Schlachtfelde unsere Brüder und Kollegen im Schützengraben für uns, die wir zu Hause geblieben sind, ihr Blut und ihr Leben lassen, wo in Ost und West unsere Truppen ihrer Rüste und den größten Entbehrungen und Strapazen ihr Leben für die Erhaltung der Heimat, für Weib und Kind und nicht zuletzt zur Erhaltung der zum großen Teil durch die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen errungenen sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Einrichtungen einsetzen, wie ein jeder seine Pflicht, denke ein jeder an unsere Brüder und Kollegen im Felde und trage durch Entrichtung der Extrabeiträge dazu bei, die größte Not von den Familien dieser Kollegen abzuhalten. Viele wenig machen ein viel.

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Abhanden gekommen sind die Verbandsbücher nachstehend genannter Mitglieder unserer Verwaltung in Stregau: Richard Engel, Hpt.-Nr. 313 420, eingetr. 5. 6. 14; Hermann Gerstmann, Hpt.-Nr. 313 489, eingetr. 15. 2. 14; August Stauder, Hpt.-Nr. 313 429, eingetr. 17. 9. 11; Heinz Werner, Hpt.-Nr. 313 400, eingetreten 16. 8. 08.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie abzunehmen und an den Unterzeichneten einzufenden.

Mit Kollegalem Gruß

Der Verbandsvorstand.

S. A.: Oswald Schumann, Berlin SO 16, Engel-Ufer 21.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Kassierer, Kollegen Carl Kähler, Berlin SO 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Zr., einzufenden.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Kofski, Lichtenberg.

Verlagsanstalt „Courier“, S. m. b. S.

Druck: Maurer & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.